

contraste

zeitung für selbstorganisation

397

34. JAHRGANG

OKTOBER 2017

4'50 EUR

www.contraste.org

NACHRICHTEN

Am 22. September wurde die Berliner Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz besetzt. Ihr Ziel ist eine mindestens zweijährige Selbstverwaltung.

3

PROJEKTE

Im Wandel stellt das Allmende Kontor vor, ein interkulturelles Gartenprojekt.

4

GENOSSENSCHAFTEN

Die Genossenschaft Resonate will Musikstreaming anbieten, dass fair für Fans und Musiker*innen ist.

7

BIOTONNE

Noch in 300 Jahren wird es spürbare Folgen durch den Tagebau im Rheinland geben.

13

KUNST & KULTUR

Das Festival at.tension als Experimentierfeld für eine Gesellschaft von morgen: Ein Blick hinter die Kulissen der Festivalorganisation.

14

CHRISTLICH - SOLIDARISCH - REBELLISCH



▲ Zwischen Tradition und Aufbruch in eine andere Gesellschaft: Männer und Frauen wohnen, arbeiten und spielen gemeinsam im Kloster Puppung

Foto: Magdalena Schauer

Um Gottes Willen!

2017 feiern Protestanten auf der ganzen Welt 500 Jahre Reformation. Die Feierlichkeiten unter dem Motto »Freiheit und Verantwortung« betonen die befreienden Aspekte der christlichen Tradition. Wir haben diese Anregung aufgegriffen und uns umgesehen, wo sich Menschen aus christlicher Motivation mit typischen contraste-Themen wie alternativen Wirtschafts- und Lebensformen auseinandersetzen.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Über viele Jahrzehnte herrschte die Meinung vor, Religion sei mit Aufklärung und Moderne nicht zu vereinbaren und werde über kurz oder lang von selbst verschwinden. Das ist ein Irrtum. Wenn auch die Kirchen als Institutionen laufend Mitglieder verlieren, Religiosität erlebt einen neuen Aufschwung, gerade in einer Zeit, wo vielen Menschen eine Antwort auf die Sinnfrage abhandeln gekommen ist. Und auch im Konzert der vielfältigen Diskurse um zukunftsfähige Wirtschaftsformen und alternativen Praktiken spielen religiös motivierte Konzepte eine wichtige Rolle und sind brandaktuell.

Dass die christliche Kirche sich oft genug mit den Herrschenden gemein machte, ist altbekannt. Religion wurde dann verwendet, um die Menschen klein und abhängig zu halten und sie auf ein besseres Jenseits zu verströmen. Opium für das Volk, hat Marx das genannt. Das ist richtig, es ist aber nicht alles. Religion war nie nur die Amtskirche, war nie nur herrschaftsförmig, sondern hatte immer auch ein machtkritisches und emanzipatorisches Potenzial und sie war und ist bis heute für viele Menschen Motivation sich politisch zu engagieren und mit Ausgegrenzten zu solidarisieren. Nicht zuletzt die Reformation war eine solche Bewegung die

einen großen Modernisierungsschritt einleitete und die Menschen aus der Unterdrückung durch Kirche und Klerus befreite. Religionskritik, die nur die patriarchalen, konservativen Aspekte beachtet und diese für die ganze Religion nimmt, stärkt damit genau jene Kräfte innerhalb der Religionen, meint Antje Schrupp in ihrem Beitrag auf Seite 9.

Um zukunftsfähiges Wirtschaften geht es auf Seite 10 Markus Blümel schreibt über die Katholische Sozialakademie Österreich, die schon für ein bedingungsloses Grundeinkommen plädierte, als das noch als »Spinneerei« galt und seit vielen Jahren Lehrgänge zur Wirtschaftskompetenz

anbietet. Ebenso hat es sich die 2008 von ChristInnen gegründete »Akademie Solidarische Ökonomie auf Zeit« zum Ziel gesetzt dem »Dogma von der Alternativlosigkeit der neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftsweise zu widersprechen und Prinzipien, Strukturen und Modelle einer lebensdienlichen, solidarischen und zukunftsfähigen Ökonomie aufzuzeigen«. In diesem Zusammenhang entstand ein Konzept für eine solidarische Ökonomie innerhalb der Kirche, das Hans-Jürgen Fischbeck vorstellt.

Auf Seite 11 zeigen Ferdinand Kaineder und Franz Nahrada, dass die alte Tradition des Klosterlebens

durchaus wichtige Impulse für neue Formen des Zusammenlebens geben kann. Auf Seite 12 schließlich finden sich persönliche Lebenserfahrungen von zwei sehr unterschiedlichen Frauen. Das Leben der Frankiskanerin Sr. Anna Mayrhofer könnte idealtypisch für das Motto »Freiheit und Verantwortung« stehen; die Freiheit zu politischem Handeln, die ihr die Zugehörigkeit zur Ordensgemeinschaft gibt. Ina Praetorius begründet, warum eine aufgeklärte Feministin sich selbstbewusst zu ihrer Religiosität bekennen und gerade daraus die Kraft für ihre Autorinnentätigkeit und ihr politisches Engagement beziehen kann.

MEXIKO: SPENDENAUFTRUF FÜR DIE ERDBEBENOPFER IN OAXACA UND CHIAPAS

Gemeinden in Not

Angesichts des massiven Erdbebens in Südmexiko rufen wir dringend zu Spenden für die Bevölkerung in den zerstörten Regionen auf. Besonders hart getroffen wurden die Gemeinden und Städte in der Landenge von Tehuantepec im Bundesstaat Oaxaca sowie in der Küstenregion von Chiapas.

GRUPPE B.A.S.T.A., MÜNSTER UND PARTNER SÜDMEXIKOS E.V., BÖBLINGEN

Es gibt Dutzende Tote und Hunderte Verletzte, zahlreiche Wohnhäuser, Kliniken und Schulen, sowie Infrastruktur wie Straßen, Brücken, Strom- oder Gasleitungen wurden zerstört. Zu den extrem starken Erdbeben (teilweise über 8,2 auf der Richter-Skala) kamen in einigen Regionen noch schwere Regenfälle hinzu, die zu heftigen Erdbeben geführt haben.

Viele Menschen haben ihre Existenzgrundlage und ihr bisheriges Zuhause verloren, viele Kranke und Verletzte können nur unzureichend oder gar nicht versorgt werden. Es fehlt an elementarsten Dingen wie Grundnahrungsmitteln, Kleidung, Medikamenten, Kochgelegenheiten und Übernachtungsmöglichkeiten. Darüber hinaus sind viele Regionen und Gemeinden bisher von der Kommunikation abgeschnitten, so dass das gesamte Ausmaß der Katastrophe überhaupt noch nicht einzuschätzen ist.

Ein hochbrisanter Aspekt ist, dass die autoritären und korrupten Regierungen in beiden Bundesstaaten sowie die nationale Regierung bereits begonnen haben, die Situation dieser humanitären Katastrophe politisch für sich auszunutzen. Präsident Peña Nieto, Gouverneur Murat (Oaxaca) und Gouverneur

Velasco Coello (Chiapas) posieren mit traumatisierten Menschen vor zerstörten Gebäuden für Fotos, um ihr Image aufzupolieren, um »Hilfe für die einfachen Leute« zu simulieren und die Privilegien ihrer Oligarchien für die Zukunft zu sichern. Häufig werden Hilfspakete gar nicht oder hauptsächlich an regierungsnahe Empfänger*innen vergeben. Zum Teil werden Übergaben sogar lediglich simuliert. So berichten Augenzeug*innen, wie ein Liefer-LKW vor einem zerstörten Haus von den Fahrern fotografiert wird - doch es wird nichts verteilt, sondern einfach wieder eingestiegen und weitergefahren.

Viele Menschen in den zerstörten Gemeinden und Stadtvierteln erbringen enorme Eigenleistungen, um die Situation zu verbessern. Auch viele Menschen in Mexiko unterstützen die

Betroffenen. Die Menschen ringen um ihr Überleben. Sie alle rufen jedoch auch explizit zu solidarischer Unterstützung aus dem Ausland auf, da es sich um eines der schwersten Erdbeben in der Geschichte Mexikos handelt.

Wir schließen uns dem Aufruf des unabhängigen Menschenrechtszentrums Digna Ochoa aus Tonalá, Chiapas, an, das darum bittet, dass sich die Menschen in Mexiko und der Welt mit den Betroffenen solidarisieren und die humanitäre Hilfe durch ihren Beitrag unterstützen. Das Zentrum arbeitet mit dem partei-unabhängigen Nationalen Indigenen Kongress (CNI) zusammen, der 1996 auf Initiative der linksgerichteten Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN) als autonomes mexikowertes Netzwerk gegründet wurde. Darüber hinaus sind wir im Kontakt mit unab-

hängigen oppositionellen Gemeinden, Basisorganisationen, Netzwerken und NGOs unseres Vertrauens aus Chiapas und Oaxaca, um die Spenden möglichst sinnvoll einzusetzen.

Aktualisierte Informationen zur Spendenkampagne werden regelmäßig veröffentlicht auf: www.chiapas.eu

Wir danken allen, die sich an dieser Spendenkampagne beteiligen!

Die Zeit drängt - baldige Spenden sind sehr sinnvoll.

Spendenkonto:
Partner Südmexikos e.V.
Volksbank Böblingen
IBAN: DE30 6039 0000 0459 3900 07
BIC: GENODES1BBV

Stichwort: Erdbeben

INHALTSANGABE

NACHRICHTEN VOLKSBÜHNE BESETZT MELDUNGEN	SEITE 3	SCHWERPUNKT FEMINISTISCHE RELIGIONSKRITIK	SEITE 9
PROJEKTE ALLMENDEKONTOR AG BERATUNG	SEITE 4	MIT CHRISTLICHER ETHIK ZUR SOLIÖKONOMIE SOLIDARISCHE ÖKONOMIE IN DER KIRCHE?	SEITE 10
GESCHICHTE 100 JAHRE OKTOBERREVOLUTION	SEITE 5	VON KLÖSTERN LERNEN CHRISTLICHE ORDEN	SEITE 11
GENOSSENSCHAFTEN NACHHALTIGKEITSBEWEGUNG INTERNETPLATTFORMEN	SEITE 6	FRANZISKANERINNEN VOM BETEN ZUM TUN	SEITE 12
GENOSSENSCHAFTEN RESONATE EG BETACOOOP EG BUCHBESPRECHUNG: SMART SERVICE	SEITE 7	BIOTONNE FOLGEN DES BRAUNKOHLLEABBAUS PROTEST VOR AKW GRUNDMEMMINGEN	SEITE 13
ÜBER DEN TELLERRAND INTERVIEW MIT VANDANA SHIVA REPRESSIONS-UND RECHTSFÄLLE	SEITE 8	KUNST&KULTUR FESTIVAL: AT.TENSION	SEITE 14
		REZENSIONEN GEMEINNÜTZIGER WOHNUNGSBAU ENGAGIERTER LINKSSOZIALIST ABGRUNDTIEF + BODENLOS LEBENSREFORM IN DEUTSCHLAND DIE VERWERTBARKEIT DER KÖRPER	SEITE 15
		TERMINE KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM	SEITE 16

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer 5 Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter: www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

contraste abonnieren!

Schnupperabo (läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig): 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

Standard-Abo (Print oder Pdf) **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich,

Kollektiv-Abo (5 Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft jährlich mindestens **70 Euro**

Fördermitgliedschaft jährlich für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mindestens **160 Euro**

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Vereins-Satzung unter: www.contraste.org/fileadmin/user_upload/Contraste-Satzung.pdf

online-Formulare: www.contraste.org/index.php?id=99

Rückfragen bitte an: abos@contraste.org

AKTION 2017

978 Euro - Wir schaffen das, oder?

Liebe Leser*innen,

wie wunderbar, wieder sind über tausend Euro an Spenden eingegangen, nämlich 1.048 Euro. Mit dabei ist unsere neue Online-Spendenmöglichkeit mittels www.betterplace.org/p56276. Mit 250 Euro finanzierten uns dort sechs Spender*innen eine Zeitungsseite der vorliegenden Oktoberausgabe, nämlich die Seite 5. Vielen Dank an alle Spender*innen.

Iwona schrieb uns, warum sie spendete: »Ich liebe die zahlreichen, vielfältigen Berichte über so vieles, was geht, was machbar ist und für mich als umsetzbar bewiesen wird. Ich fand über die CONTRASTE Zugang zu Dingen, die ich jetzt

mitmache oder selbst gründe.«

Die Folgeaktion läuft. Tut euch doch zusammen und schenkt uns eine weitere Seite. Es wäre auch ein tolles Geburtstagsgeschenk. Auch über die Contraste-Homepage lässt sich nun bei Betätigung des betterplace-Button komfortabel via paypal & co spenden.

Noch 978 Euro fehlen zum Spendenziel von 6.500 Euro. Schaffen wir es? Und zwar bis zum 15. Oktober, dem Ende der »Spendenaktion 2017«. Ich bin zuversichtlich, die Contraste kommt nämlich an, wie ich beim Handverkauf in den letzten Monaten stets merkte. »Die Welt ist voller Lösungen.«, das interessiert. Aktuell waren es allein bei der recht kleinen Demo für

saubere Luft in Köln zwölf Exemplare. Deswegen: Zusammen schaffen wir das. Bitte mitmachen.

Auch bei den Abos gibt es wieder Positives: 2 neue Abos, 1 neue Fördermitgliedschaft. Ein Abo wurde in eine Kollektivabo umgewandelt. Dem stehen 3 Kündigungen entgegen.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte in den Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail.

Aus der **Contraste-Redaktion** grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

L.C+M.L.	8,00
K.B., Göttingen	60,00
G.G.	350,00
Z.K.	80,00
L.G.	100,00
Maria. Mies, Köln	100,00
B.D.	100,00
betterplace.org	250,00

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Zeichnung: Eva Sempere

Standesbeamte sehen Probleme

ULI FRANK, REDAKTION SPROCKHÖVEL

»Eine bessere Zukunft kommt nicht von allein!« behaupten die Wahlplakate der Grünen.

Wer oder was treibt die Menschheit in eine solche »bessere Zukunft«? Nach Marx ist es der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital oder der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Manchmal scheint es aber auch so zu sein, dass Zufälle oder außergewöhnliche historische Konstellationen eine epochale Veränderung, einen qualitativen Sprung bewirken. Ein solcher bedeutender Schritt könnte durch einen einfachen bürokratischen Vorgang vor einigen Wochen geschehen sein: Da stimmte der Bundestag ohne große Diskussionen dem Gesetz zur Öffnung der Ehe für Homosexuelle zu.

Eine Revolution für viele, die ihr Leben lang heftig darüber diskutiert und darum gekämpft, sich geoutet, organisiert und prozessiert haben, um das zu erreichen. Zu manchen Zeiten schien das Ziel in weite Ferne gerückt. Aber plötzlich ist die Situation da: die Entscheidung fällt aus ganz pragmatischen alltagspolitischen Gründen: Die große Koalition will diese Debatte aus dem Bundestagswahlkampf heraus halten, rechnet mit einer klaren Mehrheit und stellt das Gesetz zur Abstimmung.

Es wäre natürlich absurd, diese Entscheidung so zu interpretieren, dass die Politik in einer Mehrheitsdemokratie ab und an zu revolutionären Schritten neigen würde. Vielmehr vergingen Jahrzehnte, in denen sich die öffentliche Meinung soweit änderte, dass die Politik es riskieren kann, ihr zu folgen ohne befürchten zu müssen, ihre Wähler zu vergraulen. Sie folgt also den gesell-

schaftlichen Trends. Die Veränderung resultiert aus unendlich vielen Debatten, Artikeln, Fernsehsendungen, Demonstrationen, persönlichen Erfahrungen und Einsichten. Unendlich viele Menschen sind daran beteiligt.

Ein anderes Beispiel für einen solchen Prozess: der Bau der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf wurde 1989 ebenso plötzlich und unspektakulär eingestellt. Ein VEBA-Manager hatte nachgerechnet, dass der Bau mit 10 Milliarden Mark zu teuer würde. Davor hatte die Auseinandersetzung um diese Anlage acht Jahre gedauert und drei Tote gefordert. Bis in die 90er Jahre gab es eine Prozesslawine von 3.400 Strafverfahren deswegen. Trotz der Banalität des politischen Ausstiegs hat der heftige und von Strauß damals unerwartete Protest bis in die Mittelschicht hinein eine wichtige Rolle dabei gespielt. »Eine bessere Zukunft kommt nicht von allein...«

Ganz unter Dach und Fach ist das neue Ehegesetz übrigens noch nicht. Harsche Kritik kommt von berufener Seite: »Das Gesetz ist handwerklich ein Flop, weil jegliche Ausführungsbestimmungen fehlen« moniert der Bundesverband der StandesbeamtenInnen. Die Herausforderung besteht darin, dass aus der »Ehefrau« und dem »Ehemann« in Zukunft die »Ehepartner« werden müssen.

Im Namen aller engagierter KämpferInnen für die gleichgeschlechtliche Ehe hoffen wir, dass unsere StandesbeamtenInnen praktische Lösungen finden, bevor der revolutionäre Schwung erlahmt und die historische Entscheidung aufgeschoben werden muss!

Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die Contraste trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags. Wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere Leser*in mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen! Teilnehmer*innen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto jeweils mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 Euro.

Änderungen bitte an: abos@contraste.org

.....
 : Spendenticker Aktion 2017: Das Zeitungsprojekt **CONTRASTE** benötigt noch **978,00 Euro** :

DIE BERLINER VOLKSBÜHNE AM ROSA-LUXEMBURG-PLATZ IST BESETZT

MELDUNGEN

besetzt - politisches Theater - geräumt



▲ Die Volksbühne am Rosa Luxemburg Platz nach der Besetzung.

Foto: Giovanni Lo Curto

Am Freitag den 22. September wurde das renommierte Berliner Theater »Volksbühne am Rosa Luxemburg Platz« vom Kollektiv »B61-12« besetzt. Mit ihrer Aktion »Staub zu Glitzer« wollten sie ein Zeichen setzen »gegen die aktuelle Kultur- und Stadtentwicklungspolitik«.

Ihr Ziel war eine zweijährige Intendanz in Selbstverwaltung auszuhandeln. Die Solidarität war groß. Nach eigenen Angaben hatte das Kollektiv 200 Kooperationspartner gewinnen können. Es wurde zwar mit Klaus Lederer vom Berliner Senat und dem Intendanten Chris Dercon verhandelt, aber ohne Ergebnis. Am 28. September, also schon nach wenigen Tagen ließ der neue und umstrittene Intendant Dercon die Volksbühne von der Polizei räumen.

ULRIKE KUMPE, BERLIN

Die Kritik, der die Besetzer*innen Gehör verschaffen wollten, war: »neben der extremen und unverfrorenen Verdrängung der Wohnbevölkerung findet eine ebenso starke Verdrängung kultureller Einrichtungen wie Clubs, Atelieregemeinschaften oder Theaterbühnen statt zugunsten einer an Massentourismus und Profit orientierten Kulturlandschaft.« Die Ernennung Dercons als neuer Intendant spielt dabei ebenso eine Rolle, wie die Verdrängung armer Menschen und Kunstschaffenden aus der Berliner Innenstadt. In ihrer Verlautbarung formuliert das Kollektiv »B61-12« was ihr Projekt ist:

»Unser Kunstwerk möchte diesen Prozess der gesellschaftlichen Entfremdung, Ausgrenzung und Kommerzialisierung unterbrechen und zu einer theatralen Denkpause einladen. Eine Denkpause, in der wir uns mit unserer gemeinsamen Zukunft beschäftigen. Zu diesem Zweck fordern wir Chris Dercon auf, von der künstlerischen Intendanz der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz zurückzutreten. Zugleich unterstützen wir sein Engagement

für den Theaterstandort am Flughafen Tempelhof. Wir fordern die Stadt Berlin auf, Chris Dercon, sollte er dieses wünschen, diese oder eine andere angemessene Wirkstätte zur Verfügung zu stellen und entsprechende Mittel im Haushaltsplan festzusetzen. Dabei laden wir alle, von Dercon bereits verpflichteten, Künstler*innen für die Bühne am Rosa-Luxemburg-Platz ein ihre Projekte wie geplant zu verwirklichen, wenn sie an diesem transmedialen Gesamtkunstwerk partizipieren möchten.«

Dass es neben Partizipation um einen Machtkampf geht, darauf verweist das Kollektiv mit seinem Namen »B61-12« der modernsten amerikanischen Atombombe. Entstanden sei die Idee dazu aus einer Kunstaktion vor der Volksbühne mit einem koreanischen Grenzwachhäuschen, von dem aus die Volksbühne bewacht wurde, wie Patrick Luzina, Mitglied des Kollektivs und von Anfang an dabei, berichtet. Die Macht in diesem Kräftemessen war am Ende zu ungleich verteilt. Sehr überraschend holte der Intendant Dercon am Donnerstagmorgen zum »Erstschlag« aus und ließ die Volksbühne kurzerhand von der Polizei räumen.

Bei der Besetzung der Volksbühne sind zwei innerstädtische Konflikte zusammengekommen. Zum einen der, um die Entpolitisierung des Theaters Volksbühne und der der Verdrängung. Der Intendant Dercon benannte die »Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz« um, schlicht in »Volksbühne«. Die Befürchtung des Publikums und vieler Künstler*innen ist, dass es zukünftig auch hier an der Volksbühne um leichten Konsum geht und nicht mehr um ein sich politisch auseinandersetzendes Theater. Neben einer langen Unterschriftenliste gegen die Ernennung Dercons, gab es auch einen Shitstorm in den Sozialen Medien. Durch die Besetzung ist die Volksbühne für wenige Tage Kristallisationspunkt, der unterschiedlichen und doch sehr ähnlichen Probleme geworden. In der »Recht auf Stadt« - Bewegung wird verständlicherweise sehr oft von Mieter*innen gesprochen, die Probleme mit den Vermietern haben, beziehungsweise mit größeren Immobilienunternehmen. Das ist die eine Seite. Letztendlich gibt es aber mehr Seiten der Medaille. Das ist zum Beispiel auch, dass die Kunst- und Kulturszene, die die Attraktivität Berlins mit ausmacht und auch sie hat immer weniger

Räume in der Stadt zur Verfügung. Das sind die Einen. In Berlin leben aber außerdem über 10.000 wohnungslose Menschen. Ihnen eine Stimme zu geben war dem Kollektiv im Rahmen der Besetzung auch wichtig, wie Patrick Luzina darstellt. Deshalb planten sie ein Wohnungslosenparlament in der Volksbühne einzurichten. Dazu sollte eine KüFa – Küche für Alle – kommen, um die Menschen mit zu unterstützen. Den Besetzer*innen ging es aber nicht nur um Räume einer Sozialen Bewegung, sondern auch um einen funktionierenden Theaterbetrieb. Dies war den Mitarbeiter*innen der Volksbühne aber zu heikle, wie das neue Deutschland berichtet, gegenüber standen sich, diesem Bericht zu Folge, finanzielle Absicherung und Demokratie, als sich scheinbar ausschließend. Kollektive Betriebe beweisen schon lange, dass dies keine sich ausschließenden Kriterien sind. Für viele Menschen ist eine solche Struktur aber Neuland. Das die und sie konnte in so kurzer Zeit nicht überwunden werden. Aus Besetzer*innen und Volksbühnen Angestellten wurde kein Kollektiv, kein wir.

Webseite: www.b6112.de

▲ ...Fortsetzung folgt?

Foto: Giovanni Lo Curto

Aufruf zum Whistleblowing ist doch legal

Die Staatsanwaltschaft Rottweil zieht Anklage gegen den Friedensaktivisten Hermann Theisen zurück und Amtsgericht Oberndorf hebt Verhandlungstermin auf. Hintergrund des Strafverfahrens ist, dass Theisen vorgeworfen wurde, er habe mit der Verteilung seiner Flugblätter zum Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen des Waffenherstellers Heckler & Koch aufgefordert und Hausfriedensbruch begangen. Auf Grund des vor einem Jahr erlassenen Strafbefehls wurde Theisen immer wieder am Verteilen der Flugblätter von den Behörden ohne richterlichen Beschluss behindert.

Infos: <http://bawue.dfg-vk.de/>; *Contraste* 388 - Januar 2017/

Gewonnen

Das Kölner Bündnis Agora, ein aus Kölner Bürgern und Bürgerinnen, Institutionen und Vereinen aus Kultur und lokaler Wirtschaft bestehende Bündnis hat mit ihrer Initiative »Tag des guten Lebens« den mit 50.000 Euro dotierten deutschen Nachbarschaftspreis gewonnen. An diesem Tag können Stadtteilbewohner*innen die während des Tags für den Autoverkehr gesperrten Straßen für eigene Aktionen nutzen. Begonnen hat das Bündnis mit der Aktion »Tag des guten Lebens« bereits 2013.

ANZEIGEN

**graswurzel
revolution**

für eine gewaltfreie,
herrschaftslose
Gesellschaft

Schwerpunkt #421:
G20 Nachbereitung

Probeheft kostenlos:
www.graswurzel.net

**Genossenschaft
gründen?**

www.genossenschaftsgruendung.de

Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher
Konsumgenossenschaften e.V.

INTERKULTURELLER GEMEINSCHAFTSGARTEN ALLMENDE KONTOR

» Neu gesetzte Pflanzen muss man immer gießen «



▲ Hochbeete des Allmende Kontors mit Sonnenblumen auf dem Tempelhofer Feld
Foto: ImWandel

Mit seiner merkwürdigen Kistenlandschaft und den lustigen Beeten voller Blumen mit fantasievollen Strukturen hat sich der Allmende Kontor auf dem Tempelhofer Feld zu einem der beliebtesten Anziehungspunkte Berlins entwickelt. Wie es dazu kam, erzählt Elisabeth Meyer-Renschhausen, eine der Gründerinnen des interkulturellen Gartenprojekts.

LUCA ASPERIUS, BERLIN

Es scheint unwahrscheinlich, dass Elisabeth Meyer-Renschhausen ahnen konnte, dass sich aus dem Gründungstreffen mit zwölf erfahrenen Gartenaktivist*innen, damals 2010, eine so erfolgreiche Geschichte, wie die des Allmende Kontors entwickeln wird. Mittlerweile zählt der interkulturelle Gemeinschaftsgarten auf der Neuköllner Seite des Tempelhofer Feldes circa 250 Hochbeete und mehr als 500 Gärtner*innen aus fast jeder Ecke der Welt. Er hat sich etabliert - ebenso wie das Tempelhofer Feld selbst - als ein anerkanntes Zeichen für Bürgerbeteiligung in Berlin und Widerstand gegen die Privatisierung des öffentlichen Raumes in der Stadt.

Damals, obwohl der Garten noch nicht gegründet war, gab es dennoch einen passenden Namen. »Allmende ist natürlich Programm «to reclaim the commons«, das Zurückholen der Allmenden, der Flächen, die gemeinschaftlich-genossenschaftlich

bewirtschaftet werden« erklärt Elisabeth. Kein Wunder, dass ein solches Programm kein einfaches Leben haben kann in einer Stadt wie Berlin, wo der Druck der Investoren und der Bauindustrie es zu oft geschafft haben, die Politik und die Verwaltung der Stadt zu beeinflussen.

Als 2008 der Tempelhofer Flughafen schloss, war tatsächlich geplant, ein Teil des Feldes zu bebauen. Um Investoren zu begeistern, wurde das ganze Areal »Tempelhofer Freiheit« genannt. Auch das Pionierprojekt, in dessen Rahmen der Garten startete, sollte dazu dienen, fast als eine Art geplante Gentrifizierung. Deswegen gab es die damalige Vorgabe: Man durfte nichts in den Boden pflanzen. Der Garten sollte beweglich sein. Sobald seine grundstückswertsteigernde Rolle erfüllt gewesen wäre, hätte er verschoben werden können, um neuen Gebäuden Platz zu machen. Viele Berliner*innen waren aber gegen jedwede Bebauung des Feldes und 2011 startete die Bürgerinitiative »100% Tempelhofer Feld«: Unterschriften wurden fleißig gesammelt, um einen Volksentscheid durchzusetzen. Am 25. Mai 2014 haben etwa 740.000 Berliner*innen, die deutliche Mehrheit, gesprochen: keine Bebauung des Tempelhofer Feldes!

Zu diesem Zeitpunkt war der Garten schon reif: Ein Verein wurde gegründet, mit circa 100 Mitgliedern. Die Gärtner*innen kommen aus fast 20 Ländern, auf dem Feld ist keine Sprache fremd, auch weil: »Die Hauptaufgabe ist Interkulturalität zu fördern, also Flüchtlingen und Migranten, insbesondere auch Eltern mit wenig Geld die Möglichkeit zum Gärtnern zur Verfügung zu stellen« sagt Elisabeth. Auf einer Fläche von 5.000 qm findet man jetzt, was man fast als Dorfgarten bezeichnen könnte. Die 250 Beete sind kreativ gestaltet und mit Flaggen und Zeichnungen dekoriert. Blumen und

Farben sind überall. Oft sind Bänke und Sitzplätze in die Hochbeete integriert, um abends bequem den Sonnenuntergang genießen zu können. Es gibt sogar einen Dorfplatz, ausgestattet mit sturmfestem Zelt und Lagerraum für die gemeinschaftlichen Geräte. Das ist nicht nur der Ort für die Plenen, sondern auch ein Treffpunkt für die ganze Nachbarschaft. Als wir uns dort zum Interview trafen, war der Platz schon besetzt: eine Kindergartengruppe saß auf dem Holzboden. Thema des Unterrichts: Abfalltrennung. Wir haben gern eine Weile gewartet.

Wie kann man ein so großes Projekt organisieren? Der Großteil der Arbeit ist ehrenamtlich. Die Gärtner*innen sind in 5 Gruppen geteilt und teilen sich während des Jahres die Hauptaufgaben, die erfüllt werden müssen. Die größte Aufgabe, die Tanks mit Feuerwehrwasser zu füllen (wie fast in jedem Gemeinschaftsgarten), aber auch zum Beispiel die Verantwortung für den Kompost oder die Pflege des Bienenbeetes. Sachkosten sind, dank der Unterstützung durch die Mitgliedsbeiträge, Spenden von Privatpersonen und Stiftungen (unter anderem die Anstiftung-Ertomis, immer aktiv in diesem Bereich) gedeckt. Über Fördergelder, um eine Grundfinanzierung des Projektes zu realisieren, wurde auch diskutiert: wie immer gibt es Vor- und Nachteile. Gärten, die staatlich gefördert sind, sind in der Regel stabiler, aber man macht sich eben auch abhängig von den Geldern. Auf jeden Fall war schnell klar, dass die Selbstorganisation bei einem so großen Projekt nicht einfach ist.

Es ist nämlich nicht alles nur Blumen und Sonnenschein: »manchmal habe ich das Gefühl, dass die älteren Gärtner*innen mittlerweile nur noch Bierflaschen und nicht mehr das Gemüse ernten. Das ist eine komische Vermischung der Benutzung so eines Gemeinschaftsgartens« scherzt

Elisabeth. Der Erfolg des Gartens, kombiniert mit der Location - das Tempelhofer Feld ist vielleicht der beliebteste öffentliche Park, nicht nur der Berliner*innen, sondern auch der Touristen*innen - birgt neue Herausforderungen: »wir haben unendliche Besucherscharen, manchmal gehen wir fast ein an zu großer Beliebtheit, könnte man sagen.«

Diese Beliebtheit hat auch den Effekt gehabt, dass der Allmende Kontor sich als Knoten eines breiteren Gartennetzwerks entwickeln konnte. In Berlin (wie auch in vielen anderen Städten der Welt) ist die Gründung von neuen grünen Projekten in den letzten paar Jahrzehnten exponentiell gestiegen. Neben Kinderbauernhöfen, die schon Anfang der 80er aktiv waren, kamen gegen 2003 die ersten Gemeinschaftsgärten hinzu; Zehn Jahre später gab es schon fast 100 Initiativen. Sie unterstützen sich gegenseitig und teilen ihre Erfahrungen und Ressourcen. Eine Karte wurde erstellt, um einen Überblick über die zahlreichen Projekte zu bekommen.

Das bringt uns zurück zum Namen Kontor. »Wir wollen vielen neuen Projekten dabei helfen, ähnliche Projekte zu gründen; wachsen wollen wir nicht, 500 Gärtner*innen - das ist genug - aber wir wollen gerne helfen dass ähnliche Projekte, gleich dahinten, auf dem Tempelhofer Feld entstehen«. Ein gutes Beispiel steht direkt gegenüber: ein Verein aus Neukölln hat in einem Container eine Fahrradselbsthilfe-Werkstatt gestartet, in der Jugendliche aus dem Kiez mithelfen und mitmachen können. Für die Stromversorgung des Containers wurde in Kooperation mit einem anderen Verein ein kleines Windrad gebaut. Man kann sagen: auf dem Tempelhofer Feld gibt es neben selbstorganisierten und -produzierten Lebensmitteln auch selbstorganisierte und dezentral produzierte Energie. Wenn wir Elisabeth bitten uns

einen Rückblick über das Projekt und den Prozess zu geben, sagt sie uns stolz: »eigentlich haben wir eine Sache wirklich erreicht, nämlich diese Idee der commons in die Gesellschaft zu bringen [...] eine sehr schön Form wie die Allmende Idee umgesetzt wurde [...] das Tempelhofer Feld als Ganzes ist jetzt als Gemeinheit von der Berliner Bevölkerung anerkannt und gesehen worden und als Gemeinheit haben sie sich für alle Berliner erhalten, als Erholungsfläche«. Der Weg ist noch lang, aber dieses Vorbild erlaubt optimistisch zu bleiben. Jüngere Generationen könnten sich dank des Allmende Kontors dem Gärtnern annähern und darüber hinaus auch lernen, was es bedeutet sich an einem kollektiven Projekt zu beteiligen. Aber nicht zu vergessen sei, wie Elisabeth sagt, während sie ein Hochbeet von der Peter-Lenné-Schule gießt: »Neu gesetzte Pflanzen muss man immer gießen.«

<http://berlin.imwandel.net/contraste397-allmende-kontor>

Der Wandel hat schon begonnen... willst du ihn entdecken?

In der Region Berlin-Brandenburg passiert schon viel mehr als du denkst. Projekte, Betriebe, Initiativen treiben den Wandel in Richtung einer solidarischen, ökologischen Gesellschaft täglich voran - wir berichten auf unserer Webseite und nun auch in Contraste regelmäßig hier auf Seite 4 über diese positiven Beispiele.

<http://www.imwandel.net>

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

Bist du dir da sicher?



...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW - der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsallday.

www.agberatung-berlin.org

Das Thema Sicherheit taucht in Beratungen immer wieder auf. In ganz verschiedenen Zusammenhängen, etwa bei der Frage der Haftung, bei der Frage nach der »richtigen« Rechtsform für das Projekt, oder dem Wunsch sich abzusichern dagegen, dass jemand aus der eigenen Gruppe sich Geld aus der Kasse nimmt, sich nicht an Vereinbarungen gehalten wird, oder die politischen Ideen verwässern, oder bei der Hoffnung, den einen Plan für die Projektentwicklung zu finden, mit dem man auf Nummer sicher geht.

Das ist alles nicht weiter verwunderlich.

Etwas Neues anzufangen und auch noch mit anderen Menschen zusammen, bedeutet immer sich auf viel Ungewissheit einzulassen. Man kennt die Landschaft, die man da betritt noch nicht. Man weiß noch nicht, wie bergig sie ist, wo plötzlich Abhänge oder sogar Abgründe auftauchen. Es fühlt sich unsicher an, sich in etwas zu bewegen, was einem fremd ist. Und die Ausrüstung ist auch noch nicht erprobt, es ist noch unklar, ob sie den Belastungen standhält. Man kann sich vorher Karten angucken und einen Streckenplan erstellen - und sollte das auch. Man kann andere nach ihren Erfahrungen

fragen, die in ähnlichem Gelände unterwegs waren und man kann erstmal mit kleineren Probelaufen anfangen. Und trotzdem merkt man erst, wenn man wirklich losgeht, ob die Schuhe drücken und ob die Landschaft den eigenen Vorstellungen entspricht. Und bei all dem gibt es keinerlei Garantie für das Wetter. Wenn es nun tagelang regnet? Wie gehen die anderen damit um, wie ich selbst? Wie reagieren wir, wenn es schwierig wird?

Manchmal gründen die Ängste und Unsicherheiten auf bestimmten Erfahrungen und es lohnt, sich darüber im Projekt auszutauschen, um ihnen dann konkret begegnen zu können. Oft gründen sie auch in unklaren Vorstellungen, wenn gar nicht klar ist, welche Haftungsrisiken für das eigene Projekt wirklich bestehen. Hier ist das Verlangen nach Sicherheit meist um so größer, je unklarer die Vorstellungen von den tatsächlichen Risiken und den eigenen Handlungsmöglichkeiten sind.

Das diffuse Knäuel der Angst vor finanziellen und juristischen Folgen auseinander zu pflücken und zu sortieren, schafft Abhilfe: Was genau könnte passieren, was könnten Konsequenzen sein, wann können und sollten wir handeln? Die unheimlichen Schatten werden meist kleiner, wenn man sie genau

anguckt. Es ist nicht die Rechtsform, die einen hier rettet, sondern das Wissen um Konsequenzen und Handlungsmöglichkeiten.

Es gibt noch einen anderen Bereich, als Quelle der Unsicherheit: Der Umgang miteinander und mit den eigenen Vereinbarungen und Zielen. Hier wird mitunter Sicherheit mit Kontrolle verknüpft, im Grunde so wie wir es von staatlichen Sicherheitsdiskursen her kennen. Und den eigenen geäußerten Überzeugungen zum Trotz wird auf den Rechtsstaat zurückgegriffen, wenn Satzungen und andere Verträge einen selbst und die anderen Projektmitglieder von schädigendem Verhalten abhalten sollen. Nur: wenn ich das Papier brauche (z.B. eine Schiedsvereinbarung), um etwas zu verhindern oder durchzusetzen, ist es meist schon zu spät für das Gemeinsame im Projekt.

Der ehrliche Umgang miteinander, Motivation und Überzeugung ent- und bestehen nicht, indem sie festgeschrieben oder eingefordert werden. Die Sicherheit, dass wir uns aufeinander verlassen können, entsteht im Prozess. Die Sicherheit entsteht durch Vertrauen, aber Vertrauen wächst nicht durch formale Absicherungen.

Indem wir miteinander umgehen und uns Zeit nehmen, uns auszutauschen, entsteht die Klarheit

darüber, was wir jeweils wollen, wo wir stehen, was uns umtreibt. Sich bewusst zu werden, über das, was man noch nicht übereinander weiß, was noch nicht sicher ist, ist hier ein sinnvoller Schritt. Sicherheit entsteht allmählich durchs Ausprobieren und Herantasten, damit eigene Wünsche auszusprechen, nachzufragen, um etwas zu bitten.

Mit allem, was miteinander geklärt und gemeinsam durchgestanden wird, wächst das Vertrauen. Reibungen und Irritationen und auch zu scheitern gehören dazu. Fehler sind dabei ein wichtiger Bestandteil von Prozessen.

Um Vertrauen und damit Sicherheit zu erfüllen, hilft es zu wissen, wie man auf die Füße fällt: Die Notausgänge zu kennen (werden wir im Notfall das Gelände auch wieder los?...) und eine Vielfalt an Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln (was können wir hier selbst tun, brauchen wir Unterstützung, wo kriegen wir die her?).

Es geht also nicht darum, es richtig zu machen, den richtigen Binnenvertrag, die richtige Rechtsform zu haben, sondern darum, mit den eigenen Instrumenten und mit dem Vertrauen in uns gegenseitig umgehen zu können.

Anna Cordes

Monate intensiver Selbstorganisation

»Ausgerechnet hier, ausgerechnet wir, in Russland gelingt uns das nie ...« singen die Schmetterlinge in ihrem wunderbaren Album »Proletenpassion«. Gemeint sind die damaligen Menschewiki, die rechten Sozialdemokraten Russlands. Sie wollten auf keinen Fall die alleinige Macht der Räte. Deren Gegenpart, die linken Bolschewiki, wagten schließlich den Kampf um die politische Macht der Räte Demokratie. Eine ganze Nation wagte sich auf gesellschaftliches Neuland. Aus heutiger Sicht wissen wir, dass viel Neues, aber letztlich nicht das Gewollte entstand. Unter schmerzlichen gesellschaftlichen Richtungskämpfen entstand vielmehr die staatliche Diktatur der Kommunistischen Partei der Sowjetunion: eine stalinistische Diktatur nicht der, sondern über die Arbeiterklasse.

VON HEINZ WEINHAUSEN; REDAKTION KÖLN

Meist wird die Oktoberrevolution als Putsch der Bolschewiki dargestellt. Machthungrig hätten die Bolschewiki die Arbeiter*innen in den damaligen revolutionären Zentren von Petrograd und Moskau für ihre Parteizwecke instrumentalisiert. Es war allerdings genau umgekehrt. Die selbstorganisierten Massen trieben Lenin und seine Genoss*innen in dieses Wagnis der Räte Demokratie. Diese Einsicht gewann ich jetzt nach erneuter Lektüre zur großen russischen Oktoberrevolution.

Lenin, der den politischen Kurs der Bolschewiki maßgeblich zu prägen wusste, war sich des Letzteren von Anfang an auch bewusst. Er meinte im Frühjahr, als es bereits kräftig gähe in Petrograd, dass die Massen hundertmal revolutionärer seien als die Mitglieder seiner eigenen Partei. Schauen wir schlaglichtartig zurück.

Die Februarrevolution von 1917, die das Diktatur-Regime des Zaren hinwegfegte, fand noch ohne maßgeblichen Einfluss der Parteien statt. Petrograd, die damals bedeutendste Stadt Russlands, war eine Arbeiterstadt geworden. Viele tausend arbeiteten in Großbetrieben und wohnten in separierten Arbeitervierteln. Ohne Rechte, nur zum Schuften verdammte, bildete sich dort ein Milieu des Widerstandes. Ein Netzwerk der kurzen Wege konnte entstehen. Eine wichtige Voraussetzung, denn es gab ja außer Zeitungen und Wandplakaten nur das direkte Gespräch und die vielen Versammlungen in den Betrieben als Kommunikationsmittel. Telefone waren damals noch rar, heutige Vernetzungen beispielsweise via Whatsapp in weiter Ferne.

Als der als sinnlos empfundene Erste Weltkrieg andauerte und seine vielen Opfer forderte, als die Soldaten aber auf den landwirtschaftlichen Feldern zu Hause dringend benötigt wurden, als die Versorgungslage sich verschärfte, sich Hunger unter den Armen und der arbeitenden Bevölkerung breit machte, kam es im Februar 1917 zu mehrtägigen Demonstrationen aus den Arbeitervierteln heraus zur Innenstadt. Anfangs niedergemacht, wurden es trotzdem immer mehr, die sich beteiligten. Als sich Polizei und Militär schließlich in Petrograd auf ihre Seite schlugen, zerbrach das Zarenregime. Ein Machtvakuum entstand.

Die Doppelherrschaft

Es kam zur Doppelherrschaft. Die besitzenden Klassen von Mittelstand, Selbstständigen und Fabrikbesitzern einigten sich auf ihre Vertreter in einer Provisorischen Regierung. Die Nichtbesitzenden griffen dagegen auf eine Errungenschaft zurück, die sie

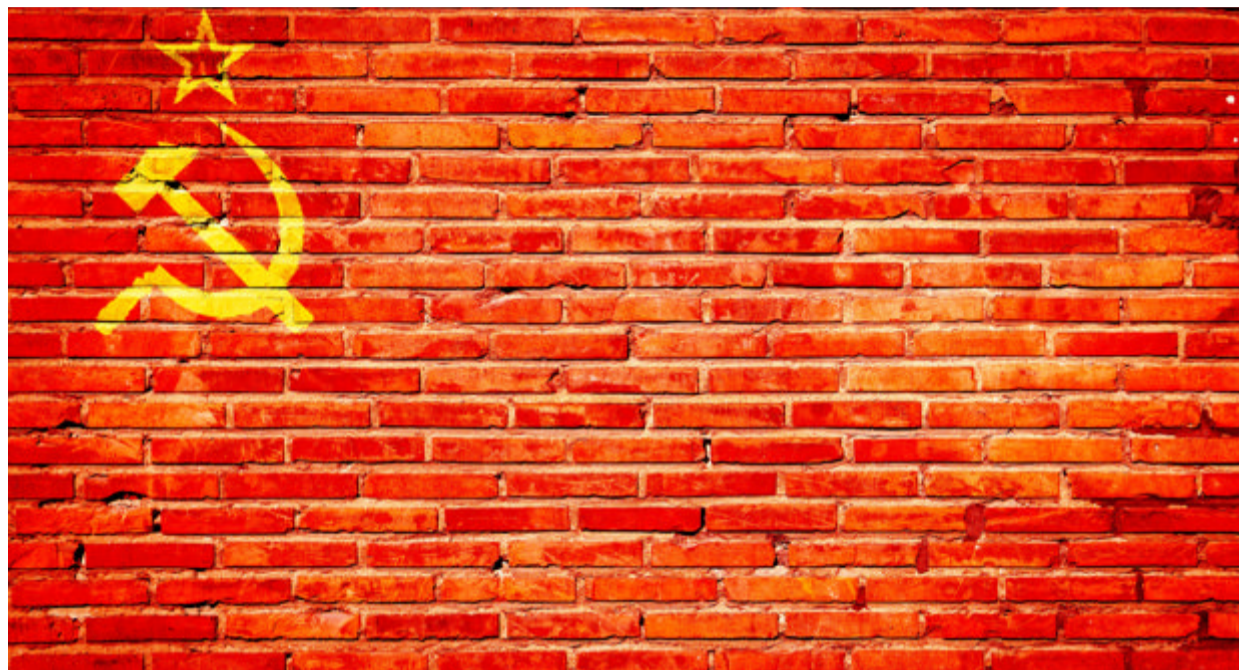


Foto: Pixabay.com

vor gut zehn Jahren erfunden hatten. In der ersten Revolte von 1905 hatte sich die russische Arbeiterbewegung ihre Führung geschaffen, indem sie aus ihren Fabrik-Versammlungen heraus ihre Vertreter wählten, die Arbeiterräte, auch Sowjets genannt. Diese suchten sich stadt-, bezirks- und national in jeweiligen Räteversammlungen und Kongressen zusammenzuschließen. Jederzeit im jeweiligen Betrieb abwählbar konnte sich keine abgehobene Führung herausbilden. Den damaligen herrschenden Klassen war eine solch effektive politische Selbstorganisation ungeheuer. Arbeiterinnen und Arbeiter waren für sie nichts weiter als Unerdungs und Ungebildete. Die »hands« hatten nur unter härtesten und unwürdigsten Bedingungen zu arbeiten und zu funktionieren. Wer aufmüpfte, dem drohte Gefängnis, Verbannung oder gar die Erschießung. Aus dieser Besonderheit erklärt sich auch, dass im Jahre 1905, wie auch dann im Jahre 1917, ein guter Teil der Räte gar nicht selbst in der jeweiligen Fabrik malochte, sondern Mitglied der sozialdemokratischen Parteien war und zumeist einen Schulabschluss hatte. In den Fabrikversammlungen gewählt, mussten sie sich allerdings dort auch für ihr Handeln rechtfertigen. Damals behielt das kaiserliche Zarenregime noch die Kontrolle über die Armee. Noch 1905 wurde die Revolte im Blut der Aufständischen erstickt.

Im Machtvakuum der Februarrevolution konnte sich neben der Regierung gleichfalls der aus den Betrieben heraus getragene Petrograder Sowjet etablieren. Nach und nach bildeten sich in vielen Städten Russlands ebenfalls Sowjets. Dazu rumorte es heftig an der Front. Offiziere wurden abgesetzt und an deren Stelle Soldatenräte gebildet, die sich ihre Offiziere wählen und auch wieder absetzen konnten. Später folgten auch noch Bauernsowjets, die eigenes Land forderten, was die Enteignung von Großgrundbesitzer- und Kirchenland bedeutete. Die Räte übernahmen meist Bereiche der Kommunalverwaltung, organisierten die Verteilung von Lebensmitteln, kontrollierten die Eisenbahnen und vieles mehr. Es entstand eine enorm spannungsgeladene Situation zwischen den kommunalen Machtzentren und der neuen nationalen Regierung.

Hunderttausende im Lande praktizierten nun in ihrem Wirkungskreis direkte Demokratie, praktizierten engagiert trotz verbreitetem Analphabetismus Selfempowerment, wie mensch heute sagen würde. Es folgten Monate der vielen Versammlungen und Beratungen in den Fabriken

wie auf öffentlichen Plätzen mit teils Hunderten und Tausenden Teilnehmer*innen. Die nun unzensurierte Presse wurde begierig gelesen, Wandplakate und Flugblätter hingen an allen Ecken. Wie sollte es weitergehen, wie die Forderung nach Brot und Frieden durchsetzen?

Der Wortbruch der Regierung

In den ersten Monaten nach der Februarrevolution schenkte die selbstorganisierte Bewegung der provisorischen Regierung die politische Macht im naiven Glauben, dass die Besitzenden doch wohl nun die Power der Nichtbesitzenden gespürt hätten und nun die Regierung in ihrem Interesse Politik machen würde.

Die Doppelherrschaft führte dazu, dass die neue Regierung zwar beeindruckt war von der Mobilisierungsfähigkeit der Rätebewegung, aber im Geheimen suchte sie das Land in den nächsten Monaten doch so zu steuern, dass sich alles wieder in hierarchische Bahnen rückentwickeln sollte – nur ohne den kaiserlichen Zaren. Arbeiter*innen sollten wieder malochen und sonst gar nichts, Soldaten sollten für die Ehre des Vaterlands sterben, die Bauern sollten sich wie eh und je den Großgrundbesitzern unterwerfen.

Die Bewegung der Massen wollte aber Frieden, Brot und Land und nichts weniger. Die konterrevolutionäre Regierung versprach alles in diesem Sinne auf den Weg zu bringen, um Zeit zu gewinnen. Im Juni aber wurde der Wortbruch deutlich. Statt Friedensgespräche zu führen, anstatt aus den Entente-Kriegsverträgen auszusteigen, ließ Regierungschef Kerenski eine militärische Offensive an der Front vorbereiten. Diese endete im Desaster. Es gab viele Verluste, die deutschen Truppen drangen tiefer ins Land. Die Versorgungslage verschlechterte sich, es wurde mit Lebensmitteln spekuliert, alles wurde teurer. Die Menschen in den Fabriken wurden verzweifelter und radikaler.

Diesen Gang der Dinge vorausschauend traf Lenin im April 1917 aus dem Exil kommend in Petrograd ein. Für ihn war glasklar: Entweder volle Übernahme der nationalen Regierung durch die Rätebewegung oder das Land würde in die Diktatur zurückgeputscht. Wobei viele der Aktivist*innen das letztere nicht überleben würden. Die vielen Arbeiter*innen wollten Frieden, Brot und Land, sie verlangten »Butter bei die Fische«. Wenn sie erkennen würden, dass dies nicht mit der Regierung zu machen war, dann würden sie darauf drängen, dass ihre eigenen Räte die

Staatsmacht übernehmen, ob mit oder ohne seine Partei.

Der rote Oktober naht

Kaum einer seiner Genoss*innen teilte anfangs Lenins Auffassung. Als er seine Aprilthesen in die Partei trug, wurde gemunkelt, ob er nicht im langen Exil verrückt geworden wäre. Seit Jahrzehnten predigten Menschewiki wie Bolschewiki, dass nach dem russischen Feudalismus der Kapitalismus, in dem die Bourgeoisie politisch herrsche, folge und erst von diesem Stadium aus die Sozialist*innen die Regierungsmacht anstreben könnten, um von da aus wiederum den Prozess zum Kommunismus beginnen zu können. Lenin aber sah die Ausweglosigkeit der Unterdrückten und sah zugleich die Lage mit internationaler Brille. War Russland auch - von den Arbeiterzentren abgesehen – insgesamt rückständig, so erhoffte er sich doch von der kommenden russischen Sowjet-Revolution einen so starken Impuls, dass sich die Arbeiterklasse in Deutschland und anderen Ländern ebenfalls konsequent für Frieden und Brot und Selbstbestimmung erheben und dann natürlich dem neuen Russland der Arbeiter und Bauern beistehen würde. Mit dieser Perspektive entschloss sich nach etlichen Fraktionskämpfen schließlich die bolschewistische Arbeiterpartei für die Losung »Alle Macht den Sowjets!« Das Bündnis der Arbeiterbasis in den Fabriken mit den erstarkenden Bolschewiki entwickelte sich, die Zeit des Umsturzes nahte.

Bereits im Juli 1917 blubberte es im Topf, aber er kochte noch nicht über. Nach wiederum großen Demonstrationen in Petrograd hätte dort die Macht schon errungen werden können. Aber die Führung der Bolschewiki selbst bremste, denn solange die Bewegung nur in der Hauptstadt reif war, glaubten sie der Konterrevolution nur wenige Tage standhalten zu können.

Ein Putschversuch des General Koltshak brachte den Durchbruch. Dieser wurde nämlich massenhaft abgewehrt und mit dieser Fähigkeit zur Mobilisation gewann die Arbeiterbewegung mehr und mehr Oberwasser gegen Kerenski. Dieser plante selbst beginnend mit der Wiedereinführung der Todesstrafe die Wiedereinführung der Diktatur. Vereint hinter dem Militärischen Revolutionskomitee des Petrograder Sowjets, geleitet vom Bolschewiken Leo Trotzki, entfaltete sich der breit getragene Aufstand in Form des Widerstandes gegen die diktatorischen Pläne der Provisorischen Regierung. Die militärische Erstürmung des Winterpalais und die Verhaftung der

Regierung war dann nur noch die letzte kleine Episode. Das militärische Komitee übergab dem tagenden nationalen Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernsowjets die errungene Regierungsmacht. Es war der 25. Oktober 1917. Die Geschichte der Sowjetunion begann.

Es war mir eine spannende Lese-reise gewesen, in die Monate intensiver Selbstorganisation einzutau-chen. Ich konnte viel erfahren über gesellschaftliche Veränderungsprozesse, Erfahrungen, die auch heute noch von großer Bedeutung sind im Streben nach einer Gesellschaft ohne Ware, Markt, Geld und Nation. Traurig hingegen war es nachzuerfolgen, wie nach der Revolution der russischen Massen schließlich doch noch die Konterrevolution in Form des Stalin-Regimes siegte.

Lesenswertes

Alexander Rabinowitch: Die Sowjetmacht – Die Revolution der Bolschewiki 1917. Mehring Verlag Essen 2012, 542 Seiten, 34,90 Euro

Leo Trotzki: Geschichte der Russischen Revolution, Februar- und Oktoberrevolution, 1097 Seiten, Mehring Verlag Essen 2010, 39,90 Euro

Albert Rhys Williams: Durch die Russische Revolution, Manifest Verlag 2017, 222 Seiten, 14,90 Euro

John Reed: 10 Tage, die die Welt erschütterten. Mehring Verlag Essen 2011, 274 Seiten, 18,90 Euro

Alexander Rabinowitch: Die Sowjetmacht – Das erste Jahr. Mehring Verlag 2012, 655 Seiten, 34,90 Euro

Charles Bettelheim: Die Klassenkämpfe in der UdSSR, Band 3 und 4. Verlag Die Buchmacherei, Berlin 2016, 666 Seiten, 24,00 Euro

betterplace.org

Diese Seite wurde mit 250 Euro von Spender*innen über betterplace.org finanziert. Vielen Dank.
Mitmachen via [betterplace.org/p/56276](https://www.betterplace.org/p/56276)

ANZEIGE



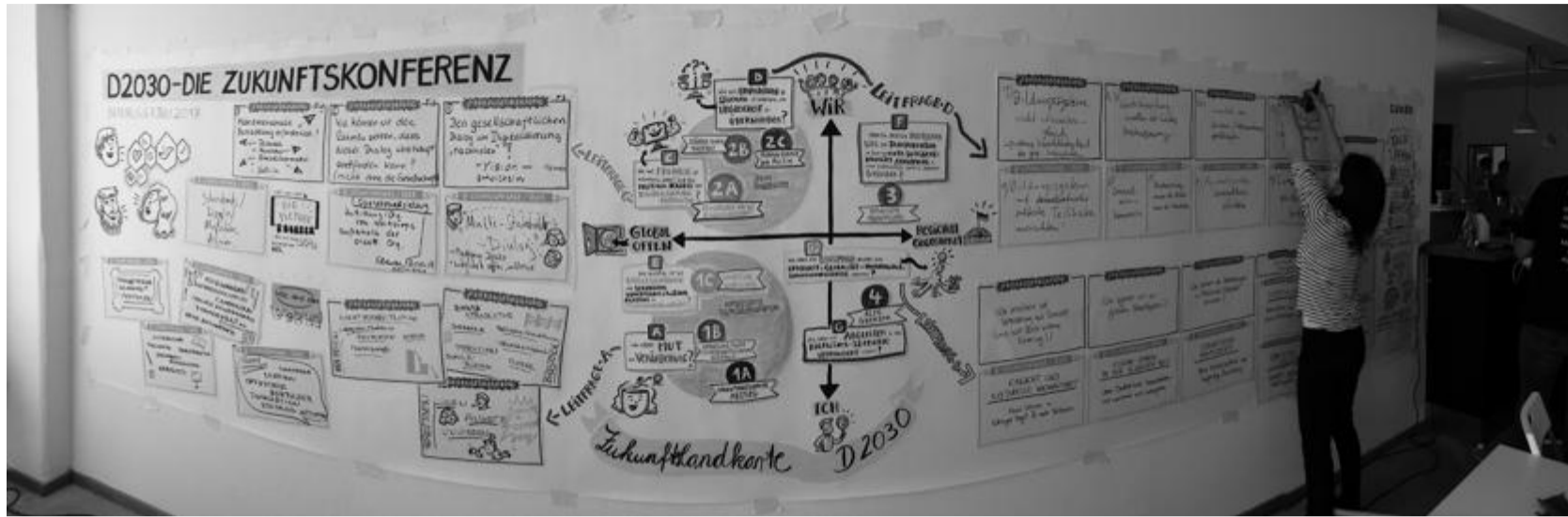
Dargestellt wird die Diktatur von Assad, dann der Krieg, die beteiligten inländischen und ausländischen Gruppen und die Situation der Flüchtlinge.

Syrien
Magazin Verlag, 2016, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

GENOSSENSCHAFTEN

NACHHALTIGKEITSBEWEGUNG

Vom Ich zum Wir: Schwarmintelligenz für plattformbasierte Genossenschaften



▲ Die Ergebnisse der D2030 Zukunftskonferenz im Juli 2017 wurden anschaulich dokumentiert.

Foto: Andreas Schulz

Grundeinkommen, Bürgerbeteiligung, Foodsharing und Ökodörfer sind gängige Begriffe der Wandelbewegung. Sie benötigt ein solidarisches funktionierendes Gegenmodell zum Silicon Valley. Die Wandelbewegung muss lernen, sich zu professionalisieren und sich auf der Metaebene zu organisieren, die nicht innerhalb, sondern außerhalb der bestehenden Systemschranken operiert. Wichtig ist es, sich so zu organisieren, dass keine Grenzen mehr vorhanden sind zwischen Konsument und Produzent, zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen Stadt und Land: die Disziplinen verschmelzen miteinander.

PETER HARTMANN, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Teile der Degrowth-Bewegung haben erkannt, dass die Nachhaltigkeitsbewegung zu einer Gestaltungsbewegung werden muss. Klassische Institutionen von Staat und Markt könnten dann von einer kollaborativen Netzwerkökonomie abgelöst werden, in der klassische Jobs und herkömmliche Massenproduktion der Industriegesellschaft verschwinden: weg vom rein expansiven Wirt-

schafswachstum, hin zu qualitativem Wachstum. Kollektive Ressourcen werden dann darauf ausgerichtet, urbane Infrastrukturen, aber auch beschädigte Ökosysteme, von innen heraus mithilfe von disruptiven Innovationen zu erneuern.

Bisherige politische und wirtschaftliche Institutionen werden bei einem solchen Ansatz abgelöst von einer genossenschaftlich organisierten Postwachstumsökonomie. NGOs, grüne Startups und Forschungsprojekte kooperieren dann in agilen Projektcommunities, die sich mithilfe von digitalen Währungen (z.B. FairCoin, Bancor Network Token, Ethereum Project) organisieren und global sowie lokal eine kollaborative Netzwerkökonomie etablieren.

Diskursauftakt D2030 Zukunftskonferenz

Die D2030 Zukunftskonferenz im Juli 2017 war ein gelungener Auftakt für einen wichtigen Diskurs zur Zukunft Deutschlands. Sie möchte Orientierung für all jene schaffen, die sich für eine ökosoziale, vernetzte Gesellschaft in unserem Land einsetzen.

Präsentiert wurde von den Initiatoren der D2030-Initiative eine Landkarte der Zukunft, auf der mögliche Zukunftsszenarien für Deutschland für das Jahr 2030 aufgezeigt wurden. Vier Arbeitsgruppen widmeten sich wichtigen Zukunftsfragen: »Wie kann ein spezifisch deutscher Weg aussehen, der globale Offenheit mit Nachhaltigkeit verknüpft?« Die mit dem Publikum erarbeiteten Lösungsansätze sollen einfließen in ein gemeinsam formuliertes Memorandum für eine Postwachstumsgesellschaft für Deutschland im Jahr 2030.

Prof. Dirk Helbing, prominenter Gast der D2030 Zukunftskonferenz, nannte Schlagwörter wie Open Innovation, Open Data und Open Source. Unterschiedliche Bereiche wie Verwaltung, Wissenschaft und Ökonomie, die heute noch weitgehend getrennt voneinander sind, verschmelzen zu einem kollektiven Innovationsökosystem. Von daher bedarf es einer Open Government-Strategie für Deutschland auf Bundes- und auf lokaler Ebene. Diese soll helfen, eine andere Politiklandschaft zu etablieren, die Bottom-up von der Zivilgesellschaft getragen wird. Die politischen Vertre-

ter von heute sind im weitgehendsten Sinne Juristen und Volkswirte, die sich mitunter jahrzehntlang in ihrer Position halten. In Zukunft könnten diese Aufgabe von Soziologen, Ökologen, Künstlern, Philosophen und Zukunftsforscher übernommen werden, die direkt per Volksabstimmung gewählt werden.

Innovationen durch kooperative Netzwerke

Das Modell einer tragfähigen Open-Government-Strategie will die D2030 Initiative im Zuge eines partizipativen interdisziplinären Diskurses bis 2021 erarbeiten. Die Zivilgesellschaft gestaltet sich in deren Vision zunehmend in plattformbasierten Genossenschaften. Dies sind kooperative Netzwerke, die sich mit Hilfe digitaler Währungen organisieren. Sie erfinden ganze Wertschöpfungsketten neu, entwickeln Innovationen und gestalten regionale Wirtschaftskreisläufe. Die neu entstehenden kooperativen Strukturen machen privaten und kommunalen Unternehmen zunehmend Konkurrenz, auch den Technik-Größen im Silicon Valley.

Ziel ist, dass die Akteure der Wandelbewegung, die heute überwiegend noch ehrenamtlich organisiert sind, zu den Begründern einer genossenschaftlich organisierten Postwachstumsökonomie werden. Im Gegensatz zur Gegenwart, in der Kräfte und Ressourcen in die Systemerhaltung und ein expansives Wachstum gesteckt werden, schaffen plattformbasierte Genossenschaften dezentrale Produktionsnetze, sanieren die Umwelt und entwickeln neue Bildungssysteme. Mit der Zeit entsteht so eine kollektive Schwarmintelligenz, die weitaus effektiver und agiler funktioniert als die heutige Marktwirtschaft. Was dann alles möglich werden kann, beschreibt Christian Schwägerl in seinem bereits 2010 erschienen Buch »Menschenzeit: Zerstören oder gestalten?«

Blockchain-Genossenschaft startet in Graz

Seit Frühling 2016 gibt es den Blockchainhub Graz. Der Non-Profit-Zusammenschluss hat das Ziel, die Blockchain-Technologie voranzutreiben und in unterschiedlichen Projekten einzusetzen. Zwei weitere Chapters gibt es in Berlin und Brüssel. Aus dem Blockchainhub ging das Lab 10 collective hervor. Das Unternehmen befindet sich gerade in Gründung. Mit 21 Co-Foundern starten die Gründerinnen und Gründer mit der Gesellschaftsform Genossenschaft. Ganz nach dem Blockchain-Prinzip geht es dabei um einen dezentralen Unternehmensaufbau: Jeder ist selbstständig und bekommt bezahlt, was er tatsächlich leistet. Dadurch fällt es wesentlich leichter, weitere Mitglieder aufzunehmen.

VERANSTALTUNG AM 20. OKTOBER 2017 AM 20.10.2017 IN BERLIN

Internetplattformen: digitale Wertschöpfung genossenschaftlich gestalten?

Internetplattformen sind eine technologische Revolution, die die ökonomischen und gesellschaftlichen Funktionen von Produzenten und Konsumenten fundamental verändern. Um diese Veränderungen humaner zu gestalten und damit verbundene

Enteignungsprozesse zu verhindern, sind genossenschaftliche Ansätze hervorragend geeignet. Mit ihnen lassen sich solche Innovationen zukunftsfähig organisieren. Zukunftsfähig heißt in diesem Zusammenhang sozial, wirtschaftlich und ökologisch.

SONJA MENZEL, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Organisatorisches für die Teilnahme

Das Thema »Genossenschaftlich organisierte Internetplattformen« wird auf einer Veranstaltung des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. am 20. Oktober 2017 in Berlin von 13. bis 17 Uhr diskutiert. Veranstaltungsort ist die WeiberWirtschaft eG, Tagungsraum im Dachgeschoss, Anklamer Straße 38, 10115 Berlin-Mitte. Die Teilnahmegebühr beträgt 50,00 Euro. Eine Anmeldung sollte bis 13. Oktober 2017 beim: Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Kurt-Eisner-Str. 41, 04275 Leipzig, Tel.: 0341 - 69 95 84 11, Fax: 0341 - 6 81 17 86, info@genossenschaftsgedanke.de erfolgen.

Die Erfinder und Anwender der neuen Plattform-Technologien gründen schnell wachsende und oftmals kapitalstarke Startups. Auf der Grundlage von Software und Daten und den Philosophien einer schönen neuen Welt des Silicon Valleys, bringen sie gänzlich neue Organisationsformen und Geschäftsmodelle hervor. Sie bestimmen dabei eigenständig Regeln des Wettbewerbs. Wer ihnen gegenüber noch Chancen am Markt haben möchte, wird diese Regeln annehmen oder eigenständig sozialer gestalten müssen.

Entgrenzung und Enteignung

Im Kern basieren Plattform-Geschäftsmodelle auf der Organisation von Interaktionen zwischen einer Gruppe von Menschen (Nutzer/

innen), die Bedarf an der Inanspruchnahme eines Wertes im Sinne eines Produkts oder auch einer Leistung haben. Diese Leistungen werden durch eine Plattform bereitgestellt bzw. ermöglicht. Gleichzeitig gibt es eine Gruppe von Menschen (Produzent/innen), die die Leistung zur Verfügung stellt oder stellen kann und will. Teilweise werden Leistungen über solche Plattformen angeboten, für die die Anbieter keine monetäre Gegenleistung erhalten. Durch die neue Strukturierung von Märkten gibt es bei solchen Plattformenansätzen oft nur wenige Gewinner und viele Verlierer.

Typische Kennzeichen sind laut Boris Janek:

- Sie basieren auf Information und Daten und nutzen überwiegend externe Assets
- Sie verfügen kaum über selbst bezahlte Mitarbeiter
- Sie lassen andere Wert erstellen und Sie ziehen Wert(e) einseitig ab
- Sie wachsen exponentiell
- Sie agieren als Netzwerk statt als Hierarchie, aber mit eindeutiger Zentrale
- Sie setzen auf Selbstständige außerhalb des Unternehmens

Die Hoffnungen für die Entwicklung eines humanen, gesellschaftszusammenhaltenden Gegenmodells ruhen auf kooperativen oder genossenschaftlichen Ansätzen. Jeremy Rifkin sieht in seinem Buch »die Null Grenzkosten Gesellschaft« Genossenschaften unter den neuen Bedingungen der Null Grenzkosten als besonders zukunftsfähiges, erfolgversprechendes Geschäftsmodell. Wenn:

- das Eigentum in der Hand einer Genossenschaft liegt, in der Produzenten und Konsumenten gleichberechtigt und demokratisch organisiert sind;
- neue Formen der Solidarität als Kern der genossenschaftlichen Idee entwickelt werden, die Ideen der Allmende in die Organisationsstrukturen einbauen;
- Genossenschaften auf der Selbstfinanzierung durch die Produzenten und Konsumenten beruhen und
- der technologische Kern bestehender erfolgreicher Plattformen geklont wird bei gleichzeitiger Aktivierung des Datenschutzes und der Reprivatisierung der Daten.

Vorgesehene Vorträge

Für eine fundierte Diskussion sind verschiedene Beiträge in Form von Vorträgen vorgesehen:

- Plattformökonomie: Von der Sharing Economy zur Cooperative Economy? von Dominika Wruk, Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim;
- Neue Genossenschaften in der Plattformökonomie - Experimente einer verantwortungsvollen Ökonomie von Burghard Flieger, innova eG - Engagement für neue Genossenschaften, Freiburg;
- Wandel gemeinsam gestalten-Erfahrungen mit dem Aufbau einer Internetplattform auf genossenschaftlicher Basis von Michael Mischke, WECHANGE eG, Berlin;
- Gesundheitsgenossenschaften als Akteure der Plattformökonomie von Frieder Rock, Politologe, ROCK & PARTNER Counselors, Berlin;
- Genossenschaftliche Startups in der Plattformökonomie gestalten von Boris Janek, Manager Digital Business und Innovation bei der VR-NetWorld GmbH, Bonn.

Lassen sich Kosten und Erträge beim Musikstreaming gerecht verteilen?

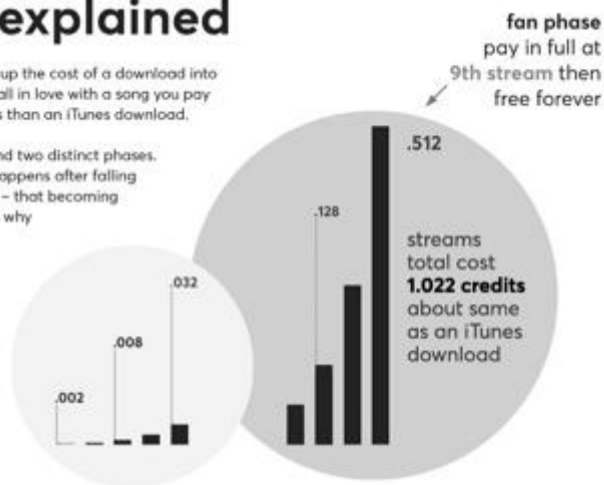
stream to own explained

Stream to own is new but fairly simple – we break up the cost of a download into 9 plays. In the beginning it's super cheap. As you fall in love with a song you pay a bit more to support the artist. In total, a little less than an iTunes download.

Looking closer at this "pay as you go" model we find two distinct phases. **Discovery** is about exploring new artists and **fan** happens after falling in love with their music. It represents a **basic truth** – that becoming a fan leads to wanting to support the artist. This is why we also refer to it as **stream to support**.

discovery phase →
listen five times
for around 7 cents

2 hours a day for
around \$2-\$4
per month



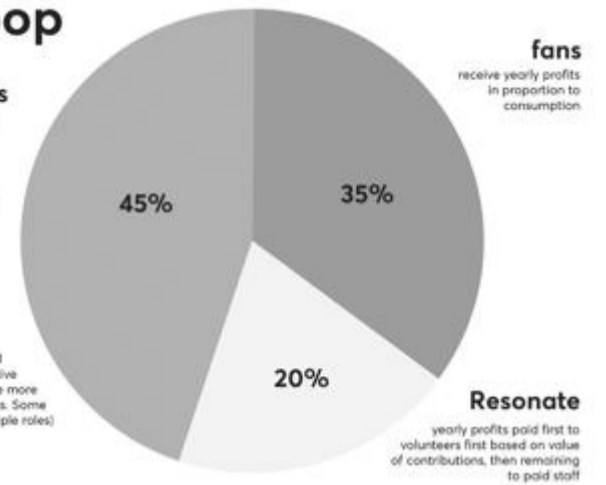
the #platformcoop

all members
vote on features
elect board members
submit proposals

musicians + labels
receive yearly profits in proportion to sales
for indie musicians, full 45%
musicians on labels, divided based on existing splits (listed clearly for both parties in Resonate dashboard)

voting and profits

The percentage splits refer to both voting blocks and annual profit distributions. Votes will occur by individual community and for the overall collective. For full collective voting, vote weight is proportional, so while there will be more total fans, their votes cannot outweigh the other blocks. Some members may vote within each block (if they hold multiple roles) but only once in total collective voting.



▲ Der »Gewinn-Kalkulator« verdeutlicht, was Resonate und was andere Streaming-Anbieter dem Musiker zahlen. .

Grafik: Resonate

▲ Die Aufteilung der Gewinne zwischen Musikern und Labels, Fans sowie Resonate wird transparent kommuniziert.

Grafik: Resonate

Ownership, Entscheidungsfindungen, Gewinne - alles befindet sich in den Händen der Menschen, die direkt von dem Unternehmen betroffen sind, auf das sie angewiesen sind. Das Besondere von Genossenschaften ist, dass sie, während sie demokratische Prozesse und eine gerechtere Verteilung des Reichtums organisieren, auch in kapitalistischen Gesellschaften unkompliziert handeln können. Deshalb wurde die Firma Resonate gegründet. Sie will Musikstreaming so anbieten, dass dies für Fans bezahlbar bleibt, aber gleichzeitig die Produzierenden der Musik angemessen entlohnt werden.

PETER HARRIS, REDAKTION
GENOSSENSCHAFTEN

Genossenschaften sind definitiv nicht gewinnfrei. Vielmehr können sie Innovationen, Profitabilität und Expansion ebenso wie traditionelle Konzerne herbeiführen. Resonate ist als eine Genossenschaft aufgebaut,

weil die Gründer/innen der Meinung sind, dass die Musik, die gehört wird, allen Beteiligten einen Nutzen bringt. Darum sollen die Musiker ebenso wie das Unternehmen als auch die Hörer Entscheidungen mittreffen können. Bei Resonate gilt: »one member, one share, one vote«. Dementsprechend werden Gewinne zwischen Musikern und Labels, Fans und Resonate aufgeteilt.

Transparenz herstellen

Resonate will folgende Aufgabe lösen: Wie lässt sich Musik-Streaming für Fans bezahlbar anbieten, der einzelne Künstler aber dennoch angemessen entlohnen? Mit dem Anbieten von Streaming ist das Problem verbunden, dass der Hörer eigentlich pro Stream bezahlen muss, um jeden Musiker angemessen zu bezahlen. Das Einrichten einer Art »Flatrate« erweist sich deshalb als schwierig. Damit der Hörer dennoch eine Kontrolle über seine Kosten bekommt, werden ihm

Flatrate-Tarife angeboten. Verbunden sind damit Kundenbeziehungen mit unterschiedlichen Gewinnmargen. Teilweise gibt es Kunden, deren Nutzungsgrad unrentabel ist. Diese Unrentabilität geht zu Lasten der Musiker oder des Streaming-Anbieters. Gleichgültig, welche Variante gewählt wird, existiert dafür keine langfristig sinnvolle Lösung, außer es gibt eine größere Zahl an Hörern, deren Flatrate-Beitrag höher als der Nutzungsgrad liegt. Diese Kunden zahlen dann zu viel für die erhaltene Leistung.

Die Lösung liegt in einer transparenten Kostenkontrolle für alle drei Beteiligten, die zusätzlich auch noch angemessen sein sollte. Resonate bietet deshalb einen Pay-per-Stream Model an. Die Nutzer zahlen einen Betrag auf ihr Resonate-Konto ein. Von diesem zahlt der Kunde nur für die Songs, die er tatsächlich hört. Entsprechend wird ein Teil dieser Einzahlung über Resonate weiterge-

leitet an den Künstler. So gelingt es, eine erste Hürde der fairen Kompensation zu meistern.

Übergang zum Kauf

Das kann jedoch auch teuer für den Hörer werden. An dieser Stelle kommt das Stream-to-Own Modell ins Spiel. Der erste Stream ist sehr preisgünstig, um die Entdeckungsfreude für das Hören neuer Musik nicht auszubremsen. Wenn ein Song gefällt, dann wird er in der Konsequenz häufiger gehört. Bei jedem weiteren Stream desselben Songs erhöht sich der Betrag pro Stream. Wenn der Song dann X-mal gestreamt und insgesamt für den Song eine bestimmte Gesamtsumme bezahlt wurde, gehört er dem Kunden. Dieser kann ihn dann im weiteren Verlauf so oft er will, ohne zusätzliche Kosten hören. Dies wird in der folgenden Graphik veranschaulicht. Es ist eine Art Gewinn-Kalkulator, der vorrechnet, was Resonate und

was andere Streaming-Anbieter dem Musiker zahlen.

Erfolgreich gestartet

Die ersten Künstler haben sich bereits im Sommer 2015 bei Resonate angemeldet. Die Rekrutierung weiterer Musiker verlief im weiteren Verlauf eher langsam, aber stetig. Dann begann sie, sich zu beschleunigen und stieg im Sommer 2016 erheblich an. Aktuell haben sich 1.495 Musiker*innen registriert und sind Teil von Resonate. Den Künstlern bietet Resonate an, ihre Terms of Trade selbst zu bestimmen. Der Musiker kann entscheiden, ob er beispielsweise damit Einverstanden ist, dass seine Musik an öffentlichen Orten gespielt wird oder eben nicht. Er kann einen Song auch kostenlos anbieten oder eine maximale Anzahl an Streams über Resonate.

Weitere Informationen: www.resonate.is.

BETACOOP EG, LEIPZIG

Finanzielle Alternativen über Plattform organisieren

Betacoop verfolgt das Ziel, neue Wege für eine praktische alternative Wirtschaft zu entwickeln, die auf Solidarität und den Menschen ausgerichtet ist. Sie will dies durch die Entwicklung dezentralisierter Wirtschaftsnetzwerke schaffen, in denen Mitglieder sich gegenseitig Kredite geben können, um ihre Grundbedürfnisse zu decken.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Die Genossenschaft Betacoop startete im Jahr 2012 mit der Vision, alternative Finanzinfrastrukturen

zu entwickeln. Die Gründer/innen sind Technikfans und eng mit der Open-Source-Technologie verbunden. Alle Mitarbeitenden sind Teilhaber des Unternehmens. Sie wollen in ihrer Genossenschaft eine demokratische Unternehmenskultur leben. Als Server wird Datacock genutzt, laut Betacoop Europas grünes Rechenzentrum.

Bankalternative Betabank

Eines der Projekte der Genossenschaft ist die soziale Gemeinschaftsbankalternative Betabank. Informationen dazu sind allerdings spärlich.

Einiges ist nur für Mitglieder zugänglich. Innerhalb der Betabank wird eine alternative virtuelle Währung namens »beta« genutzt. Die Bank bietet für Partner kostenlose Konten sowie verschiedene Zahlungsdienstleistungen und Finanzierungsmodelle an. Dazu gehören auch eine mobile Banking App für iPhone und Android, die es den Nutzern erlaubt, sicher zu bezahlen und den Kontostand per SMS zu überprüfen. Das ist eine Möglichkeit zur Interaktion, die nicht unbedingt ein Smartphone oder eine Internetverbindung für die Benutzung voraussetzt.

Herkömmliche Banken begrenzen die Kunden in ihren Möglichkeiten, über die eingesetzte Online-Plattform zu interagieren. Bei Betabank ist das anders: Das System bietet erweiterte Möglichkeiten. Individuen können bei Bedarf eine Online-Zahlungsmittelteilung erhalten. In einem wirtschaftlichen Kontext kann auf das Konto über eine API zugegriffen werden. Hiermit können Zahlungen automatisiert und das interne System aktualisiert werden, so dass die Notwendigkeit manueller Eingaben wegfällt.

Eines der wichtigsten Projekte von Betabank ist Fairbill. Hierbei handelt es sich um eine Zahlungs-Plattform, die bereits mehrere Bezahlmethoden umfasst. Sie soll in absehbarer Zeit auch Faircoins akzeptieren. Das Ganze versteht sich als Schritt in Richtung einer gemeinschaftlichen, transparenten und demokratisch-basierenden Alternative für ein neues Wirtschaftssystem - eines, das außerhalb des konventionellen Bankensystems agiert und sich selbst verwaltet.

Weitere Informationen: www.betacoop.de.

BUCHBESPRECHUNG

IT-Plattformen für Smart Service Welten

Eine neue Publikation mit dem Titel »IT-Plattformen für die Smart Service Welt«, zeigt Zusammenhang zwischen Geschäftsmodell und Technologie auf. Sie ist Ergebnis eines Forschungsprojekts. Darin analysieren die Autoren das in Wissenschaft und Wirtschaft vorherrschende Verständnis von IT-Plattformen. Für den erfolgreichen Einsatz von IT-Plattformen werden am Ende relevante Handlungsfelder benannt.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

IT-Plattformen sind die Grundlage datengetriebener, serviceorientierter Geschäftsmodelle und haben den Consumer-Markt in den vergangenen Jahren stark verändert. Der industriellen Produktion steht dieser Wandel noch bevor. Gemeinsam mit acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften und weiteren Partnern hat UNITY in einer Veröffentlichung Chancen, Risiken und Barrieren bei der industriellen Nutzung von IT-Plattformen thematisiert. Die kleine Publikation kann als verständliche und systematische

Einführung in das Thema Plattformökonomie genutzt werden.

Auf der Basis von Interviews und Workshops mit Fachleuten beleuchtet die Autoren Begrifflichkeiten, Merkmale und Stakeholder sowie den aktuellen Wissensstand zur Plattformökonomie. Die Auswertung der Experteninterviews zeigte u.a., dass es in der Industrie derzeit noch an einem einheitlichen Verständnis von Plattformen und ihrem künftigen Zusammenspiel fehlt.

In der Veröffentlichung wird erstmals aufgezeigt, wie Geschäftsmodelle und Technologien konkret

zusammenhängen. In den Experteninterviews werden zwei wesentliche Dimensionen betrachtet: die technische und die betriebswirtschaftliche.

Wichtige Zukunftsaufgaben

Das Ergebnis: Technologien und Geschäftsmodelle lassen nicht getrennt voneinander diskutieren. Ihr Zusammenhang wird in Form eines Geschäftsmodell-Technologie-Portfolio veranschaulicht.

Abschließend werden die relevantesten Handlungsfelder für die Zukunft

benannt. Dazu gehören nach Einschätzung der Autoren die Schaffung von Bewusstsein für die strategische Bedeutung von Plattformen, die Bereitstellung von Unterstützung insbesondere für den Mittelstand und für die Durchführung von Pilotprojekten sowie die Initiierung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung.

Gregor Engels, Christoph Plass, Franz-Josef Rammig (Hrsg.): IT-Plattformen für die Smart Service Welt. Verständnis und Handlungsfelder. München: Herbert Utz Verlag 2017, 54 Seiten, 49,00 Euro, kostenloser Download: www.acatech.de.

ÜBER DEN TELLERRAND / RECHTSTICKER

INTERVIEWREIHE VOM G20-ALTERNATIVGIPFEL

» Wir haben vergessen, dass wir Tiere sind «



▲ Vandana Shiva

Foto: Friederike Grabitz

Vandana Shiva, Umweltaktivistin, Globalisierungsgegnerin und Trägerin des Alternativen Nobelpreises 1993, ist bekannt durch ihre internationale Arbeit für einen von ihr initiierten Ökofeminismus, durch Auftritte in Dokumentarfilmen und ihre zahlreichen Buchpublikationen. Im Juli war sie in Deutschland, um die Eröffnungsrede für den Hamburger G20-Gegengipfel zu halten. Im Interview spricht sie mit missionarischem Eifer, gemischt mit etwas zu viel Routine der vielen Jahre, die sie ihre Botschaft schon verbreitet.

FRIEDERIKE GRABITZ, LÜBECK

Frau Shiva, in Indien sind Sie ein Idol. Funktioniert diese Vorbildrolle auch für andere Länder?

Vieles ist in allen Ländern gleich. Zum Beispiel sind wir überall darauf angewiesen, dass der Boden fruchtbar ist. Und wenn das nicht der Fall ist, weil zum

Beispiel Monsanto Saatgut und Pestizide an die Bauern verkauft, und sie dadurch in ein Armutssystem geraten, verursacht das überall ähnliche Probleme.

Könnten wir mit biologischer Nahrung die ganze Menschheit ernähren?

Wenn man dem Boden gute, organische Nährstoffe gibt, geht das auch ins Essen. Gutes Essen ist konzentrierter, und ein guter Boden ernährt langfristig viel mehr Menschen als ein ausgelaugter Boden. Es gibt viele Studien, die das inzwischen beweisen. Deshalb geht es langfristig nur mit biologischer Nahrung.

Das wären doch gute Nachrichten.

Das Problem ist, dass es Gesetze gibt, die lokale Ernährungskooperativen kriminalisieren, die das Gute, das Gesunde, das Nachhaltige, das

Lokale kriminalisieren und die Türen öffnen für das nicht Nachhaltige, das Udemokratische, das Zentralisierte, die schlechten Systeme.

Wenn Mikro-Landwirtschaft die Menschen ernähren kann, haben wir immer noch die Frage nach der allgemeinen Produktivität. Unsere Wirtschaft basiert auf Mehrwert, der aus Überproduktion erwirtschaftet wird. Können wir Bereiche wie Mobilität, Gesundheit oder Sozialsysteme erhalten, ohne intensiv zu wirtschaften?

Beim Thema der Produktivität wird die öffentliche Meinung manipuliert. Mikrofarmer zum Beispiel arbeiten durchaus produktiv. Mikro-Landwirtschaft könnte das Bruttoinlandsprodukt sogar verdreifachen. Was bei den meisten Industrien nicht eingerechnet wird in die Bilanz, sind ja die externen Kosten. Trotzdem gibt es sie

ja. Die Gesellschaft muss sie tragen. Das Wirtschaftssystem, wie es jetzt ist, gibt von der Arbeit der Vielen immer mehr an das eine Prozent der Menschen ab, das bereits reich ist. Die Pyramide dreht sich immer weiter um, das ist strukturell so angelegt. Produktivität heißt in dieser Logik: Effizienz. Ist die Natur effizient? Kann ich ein effizienter Baum sein? Für den Vogel, der darauf wohnt, ist der Baum sehr effizient – aber auf andere Weise.

Ist die Globalisierung das Problem?

Globalisierung ist nichts anderes als die Deregulierung von Allgemeingütern und Machtkonzentration. Schauen Sie die Softwarekonzerne, sie bezahlen praktisch keine Steuern. Dieses System beruht auf Gier, und diese Gier-Ökonomie zerstört unsere Gesellschaften.

Haben Sie selbst denn beispielsweise einen Computer?

Ich habe einen Computer, und das ist gut. Es bedeutet für mich etwas anderes. Wir hatten vor der Globalisierung auch Technologien, vielleicht andere, aber sie haben funktioniert. In Kerala, wo ich herkomme, haben wir viele Kokos-Palmen. Die Fasern der Kokosnüsse nutzen wir für viele Produkte, auch industriell.

Indien und andere Schwellenländer haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Stichwort Modernisierung: Ist Modernisierung immer schlecht?

Viele IT-Spezialisten haben dort neue Jobs bekommen, das ist in Ordnung. Aber in anderen Sektoren verlieren wir Jobs, wie in der Landwirtschaft. (Sie zeigt eine Ausgabe der »Newsweek«: Sehen Sie, die »Newsweek« hat hier das Thema »Wandel« auf dem Titel. Das klingt doch gut. Und dann schreiben sie: »Natur hat ihre Grenzen, also müssen wir diese Grenzen überwinden«. Aber wie soll das gehen, die Grenzen der Natur

zu überwinden? Wir sind doch Teil dieser Natur. Was zählt, sind ja die Muster, das Programm dahinter. Und dieses Programm haben wir auch in unseren Köpfen.

Unser Programm ist aber auf das Wirtschaftssystem ausgerichtet, das wir haben. Wie können wir dieses Bewusstsein verändern?

Das Problem ist ja die Gier, die dahinter steht. Aber Gier ist eigentlich nicht Teil der menschlichen Natur. Es gibt da auch Verbundenheit, Mitgefühl. Und Mitgefühl allein reicht noch nicht, um die Probleme zu lösen, wir brauchen Mitgefühl in Aktion.

Es gibt so Vieles, was geändert werden müsste, und das blockiert viele Menschen. Wo sollen wir anfangen?

Die Frage ist nicht, womit wir anfangen, sondern dass wir anfangen. Es ist wichtig, den ersten Schritt zu tun, einfach da, wo man ist, und als die Person, die man ist, mit dem, was man kann. Nach dem ersten Schritt wird der zweite Schritt von selbst kommen, es wird weiter gehen. Das ist das Gesetz der Zwischenmenschlichkeit.

Sie haben gerade den G20 Gegengipfel eröffnet. Wie würden Ihre G20 aussehen?

Oh, meine G20 würden keine G20 sein. Wenn wir nicht bewusst sind über die anderen Spezies, die auf dem Planeten leben, erschaffen wir eine Wirtschaft der Exklusion, und das ist es, was die Regierungschefs gerade tun. Sehen Sie ein Huhn, das auf einer Wiese Würmer pickt. Stecken Sie das in eine Fabrik, müssen Sie ihm den Schnabel abschneiden, damit es nicht statt der Würmer seine Artgenossen pickt. Und wenn wir das tun, vergessen wir, dass wir selber Tiere sind, dass wir auch in einer Legebatte sitzen, die dem einen Prozent der Weltbevölkerung gehört, das entscheidet.

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

Drei Monate Knast wegen Sitzblockade?!

Am 17.8.2017 fiel das Urteil in einem Strafverfahren wegen § 240 StGB (Nötigung) am Amtsgericht Nienburg. Dem Angeklagten wurde vorgeworfen, mit seinem Körper den Fahrer eines Tiertransporters daran gehindert zu haben, seine Fahrt nach Plan fortzusetzen. Der § 240 erfordert Anwendung von »Gewalt« oder »Drohung mit einem empfindlichen Übel«. Was davon wie zugetragen haben sollte, wurde seitens der Staatsanwaltschaft - obwohl die Verteidigung darauf hinwies - in der Hauptverhandlung nicht geklärt. Der Angeklagte hatte vor, sich selbst und mit Hilfe von Laienverteidiger*innen - also nicht formell ausgebildeten Jurist*innen (siehe www.laienverteidigung.tk) - vor Gericht zu verteidigen. Doch ihm wurde nicht nur der Beistand verweigert, sondern er selbst nach einigen Anträgen, die das Gericht offenbar störten, aus seinem eigenen Verfahren entfernt. Auch gegen das Publikum ging das Gericht mit autoritären Mitteln vor. Das zeigt, wie schwer es Richter*innen gegen eine gute Selbstverteidigung haben. Regelmäßig werden sie dazu gezwungen,

erhebliche Rechtsbrüche zu begehen, um zu einer Verurteilung zu kommen. Das geschah dann auch. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 3 Monaten Haft ohne Bewährung und ging damit über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus, die 40 Tagessätze zu je 50 Euro für passend hielt. Rechtsmittel sind eingelegt.

Möglichkeiten und Grenzen der Laienverteidigung

Dass auch ganz »normale« Menschen in Strafverfahren als Verteidiger*innen tätig sein können, oft schon in Ermittlungsverfahren als Rechtsbeistand zugelassen werden und bei Untersuchungshaft, Straf- oder Maßregelvollzug ohne Kontrolle Gefangene unterstützen können, ist inzwischen weitgehend bekannt. Die damit verbundenen Möglichkeiten werden bislang aber noch wenig genutzt. Im Nomos-Verlag ist dazu jetzt die zweite Auflage des Handkommentars erschienen (2017, Baden-Baden, 89 Euro). Der Herausgeber Michael Krenzler und die weiteren Bearbeiter*innen erläutern auf 633 Seiten umfassend Paragraph für Paragraph, verweisen auf andere Literatur und die Recht-

sprechung. Die - teils dunkle - Geschichte der Reglementierung von Rechtsberatung wird leider nur in wenigen Sätzen ganz zu Beginn abgehandelt. Als historischer Hintergrund wäre da mehr drin gewesen, denn die gesamte Debatte ist immer noch von Standesdünkel und Pfründerverteidigung geprägt, bei der auch linke Anwaltsvereinigungen und deren Vorfeldorganisationen kräftig mitmischen.

Zur Frage des Errichtens von Schlafzelten

G20-Gipfel: Aus der Pressemitteilung des Oberverwaltungsgerichts in Hamburg vom 5.7.2017 zum Beschluss über die weitgehend stattgegebene Beschwerde des Anmelders des Protestcamps Entenwerder (Az.: 4 Bs 148/17; Urteil: <http://justiz.hamburg.de/contentblob/9100882/eaf4f15b780afe750dd98105c01edd49/data/4bs148-17.pdf>): »Einschränkungen seien zum Schutz der Grünanlage möglich. Untersagt werden könnten zudem u.a. solche Zelte und Einrichtungen, die allein der Beherbergung von Personen dienen sollten, welche anderweitig an Versammlungen teilnehmen wollten. Dies bedeute

zur Überzeugung des Gerichts, dass für Teilnehmer an den politischen Veranstaltungen des Protestcamps auch Schlafzelte und versorgende Infrastruktureinrichtungen vorsorglich dem Versammlungsrecht zu unterstellen und als Teil der Versammlung zu behandeln seien. ... Die Beschränkung auf zusätzlich bis zu 300 Schlafzelte für 2-3 Personen ergebe sich daraus, dass damit für alle Teilnehmer, die nach den räumlichen Kapazitäten der Veranstaltungszelte an den Veranstaltungen im Protestcamp teilnehmen könnten, auch eine Schlafmöglichkeit bestünde. ... Die Aufstellung von bis zu 300 Schlafzelten könne nicht im Hinblick auf mögliche Gefahren für Rechtsgüter von Dritten untersagt werden. Eine auf tatsächliche Anhaltspunkte gestützte Gefahrenprognose sei von der Versammlungsbehörde nicht hinreichend dargelegt worden. Insbesondere seien keine tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vorgebracht worden, dass der Elbpark Entenwerder trotz seiner Entfernung zur Innenstadt ein möglicher naheliegender Ausgangspunkt für Blockaden von Protokollstrecken und sonstigen unter Sicherheitsaspekten sensiblen Punkten im Stadtgebiet sei. Die Lage des Protestcamps im

Elbpark Entenwerder sei insoweit nicht mit derjenigen eines Protestcamps im Stadtpark zu vergleichen. Auch seien keine konkreten Belege dazu vorgelegt worden, dass bei früheren Versammlungen aus Protestcamps heraus Straftaten begangen worden seien.«

Dokumentation über Rechtsbrüche und Polizeigewalt beim G20 in Hamburg

Die Mediengruppe Montag (MGM), die sich aus verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen zusammensetzt, betreibt seit geraumer Zeit Gegenöffentlichkeit zu den bürgerlichen Medien. Anlässlich der Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg, will Sie eine Dokumentation aus Text-, Foto- und Videomaterial über die polizeilichen Rechtsbrüche wie Campräumungen, Prügelorgien, Wasserwerfer- und Pfeffersprayeinsätze gegen cornerndes Partyvolk und dem Verprügeln von Journalist_innen zusammenzustellen.

Eine Ankündigung der Tätigkeit ist unter <https://de.indymedia.org/node/13245> zu finden.

Jörg Bergstedt



Mit Gott gegen die patriarchale Herrschaft



▲ Sommerfest imInnenhof im Essener Beginenhof

Graphik: Manfred Vollmer

In großen Teilen der Linken und auch des Feminismus ist es eine selbstverständliche Annahme, dass Religion irgendwie »rechts« sei, konservativ, frauenfeindlich und darum abzulehnen. Das ist auch durchaus nachvollziehbar: Die christlichen Kirchen, bis vor kurzem die einzigen relevanten religiösen Institutionen in Europa, schlugen sich bei den sozialen Umbruchprozessen seit der Neuzeit regelmäßig auf die Seite der Herrschenden: Sie unterstützten den Adel gegen das Bürgertum, die Kapitalisten gegen den Sozialismus, das Patriarchat gegen die Feministinnen.

ANTJE SCHRUPP, FRANKFURT / MAIN

Allerdings taten sie das weniger aus theologischen als vielmehr aus sehr weltlichen Gründen: Die Kirchen und ihr Personal waren über die Jahrhunderte hinweg auf so vielfältige Weise mit den europäischen Herrschaftsverhältnissen verweben, dass es bei ihnen ein unmittelbares und persönliches Interesse am Erhalt des Status Quo gab.

Inzwischen hat sich gezeigt, dass die christlichen Machthaber dabei auf die falsche Karte gesetzt haben. Die Aufklärung, der Fortschritt, die Emanzipation waren nicht aufzuhalten, und dementsprechend sank und sinkt der Einfluss der Kirchen. Sie haben ihr Image als Rückwärtsgewandte, Vorgestrige weg. Selbst wenn sie sich lernbereit zeigen, wie zum Beispiel einige evangelische Kirchen in Bezug auf Sexualität und Geschlechtervielfalt, wird ihnen das nicht mal positiv angerechnet, sondern bringt ihnen sogar noch den Vorwurf ein, dem Zeitgeist hinterher zu laufen.

Das bedeutet aber auch: Wenn den Kirchen heute zahlreiche Mitglieder weglaufen, wenn ihre moralische Autorität schwindet, dann ist das keineswegs ein Zeichen für spirituelles oder religiöses Desinteresse der Menschen. Es ist schlicht eine Folge des weltlichen Machtverlusts – wer keine Macht hat, ist eben auch nicht sexy.

Und weil sich die progressiven gesellschaftlichen Kräfte von der organisierten Religion abwenden, bleiben die alten theologischen Narrative quasi wie eingefroren bestehen. Sie werden gepflegt von einer kleiner werdenden Gemeinde, die die Progressiveren verlassen und in der die Konservativeren entsprechend an Einfluss gewinnen – ein Teufelskreis. Und natürlich eine Steilvorlage für Linke und Feministinnen, die sich auf diese Weise in ihrem ablehnenden Urteil über Religion bestätigen fühlen können.

In Wahrheit standen die Herrschaftstheologien nie für die einzig mögliche Auslegung religiöser Normen. Bevor der Säkularismus quasi zum Glaubensbekenntnis der Fortschrittlichkeit erhoben wurde, haben zahllose christliche Bewegungen gerade aus ihrem Glauben die Pflicht zu politischem, herrschaftskritischem, sozialrevolutionärem Engagement abgeleitet. Man denke nur an die Quäkerinnen und Quäker, die das

Rückgrat der US-amerikanischen Anti-Sklaverei-Bewegung und auch der Frauenrechtsbewegungen bildeten. Viele davon haben auch alternative Lebens- und Wirtschaftsformen entwickelt und gelebt wie Kommunen oder Genossenschaften. Im späten Mittelalter waren Beginenhöfe, in denen Frauen selbstbestimmt, karitativ und spirituell gemeinsam lebten und wirtschafteten, in ganz Europa verbreitet.

Auch theologisch gesehen haben sozialrevolutionäre Positionen immer großen Einfluss auf die Diskussionen gehabt und auch den theologischen Mainstream beeinflusst, wie die lateinamerikanische »Theologie der Befreiung« oder die feministische Theologie. Und das nicht erst seit dem emanzipierten 20. Jahrhundert. Schon seit Jahrhunderten kritisieren Theologinnen unter Berufung auf die Bibel, dass Männer sich als Gottes Repräsentanten auf Erden aufzuführen – erwähnt sei hier stellvertretend Christine de Pizans Buch »Die Stadt der Frauen« aus dem 15. Jahrhundert.

Wer sich mit autoritären und patriarchalen Religions-Repräsentanten nicht gemein machen will, muss diese anderen Positionen zur Kenntnis nehmen und in Aussagen über »das Christentum« oder »die Religion« einbeziehen. Tut man das nicht und nimmt allein die konservativen Theologen zum Maßstab, spielt man deren Spiel letztlich mit. Man bestätigt ihren Anspruch, festlegen zu können, was »rechtgläubig« ist.

Dieses Thema ist heute in Bezug auf den Islam wieder besonders aktuell geworden. Die Kontroverse um die Frage, ob Religionen unheilbar herrschaftsförmig sind, war ja in Europa zuletzt etwas eingeschlafen, hauptsächlich weil die christlichen Kirchen gelernt hatten, sich innerhalb eines säkularen Mainstreams zu artikulieren ohne anzuecken. Doch mit der stärkeren diskursiven Sichtbarkeit des Islam flammt dieser Streit jetzt wieder neu auf. Muslimische Repräsentanten sind häufig ungeübt im Umgehen säkularer Diskursfettnäpfchen und geben dementsprechend regelmäßig Anlass für »islamkritische« Empörungswellen.

Erneut entsteht so ein fatales Bündnis zwischen patriarchaler, herrschaftlicher Theologie und säkularer, antireligiöser »Religionskritik«: Beide Seiten sind sich zum Beispiel vollkommen einig darin, dass Religion mit der Freiheit der Frauen unvereinbar sei. Die konservativen Islamvertreter machen Frauen Vorschriften und definieren das Geschlechterverhältnis als hierarchisch. Und die so genannten »Islamkritiker« geben ihnen recht, denn hier zeige sich der wahre Islam! Liberale und feministische Stimmen werden einfach abgetan: von den einen als häretisch, von den anderen als unwichtige Feigenblättchen.

Das alles ist eng mit der Frage verknüpft, was eigentlich »Gott« ist. Das ist ein typisch europäisches Problem. Denn in so gut wie allen anderen Kulturen und Weltregionen ist »Gott« einfach das Wort, das man eben verwendet, wenn man über Transzendenz spricht, also über das, was

die innerweltlichen Maßstäbe der Vernunft, der Erkenntnisfähigkeit, der Interessen und Wissenschaften übersteigt. Dazu gibt es selbstverständlich Streit und man kann sehr unterschiedliche Ansichten darüber haben, wie mit dem Phänomen umzugehen ist. Aber dass es »Gott« prinzipiell gibt – nämlich eine Grenze dessen, was uns Menschen zugänglich ist, und entsprechend ein »Jenseits« – das steht so wenig in Frage, wie es Luft oder Wasser gibt. Entsprechend irritiert reagieren Menschen aus anderen Teilen der Welt häufig, wenn sie zum ersten Mal mit europäischem Säkularismus und seinem Bekenntnis »Gott gibt es nicht« konfrontiert werden: In ihren Ohren ist das eine sinnlose Aussage.

Die Frage, ob Gott »existiert« oder nicht ist überhaupt nur nachvollziehbar, wenn man den europäischen philosophischen Diskurs dazu kennt und voraussetzt. Er wurde früher, zu Zeiten der Aufklärung, einmal auf recht hohem Niveau geführt. Heute ist er überwiegend zu Albernheiten wie dem fliegenden Spaghettimonster verkommen oder der allgemein gewordenen Behauptung, Gott sei ein »Fantasiegebilde«. In Wahrheit ist die Rede von Gott genau das Gegenteil eines Fantasiegebildes, nämlich der Versuch, Transzendenz besprechbar zu machen, ohne sie mit der eigenen Fantasie aufzufüllen. Dass dieser Versuch in den Religionen allzu häufig nicht gelingt, weil sich dann doch alle möglichen Fantasien und Machtansprüche (vor allem Männlichkeitsbilder) an diese Stelle setzen, ist natürlich richtig. Aber Religiosität will diesen Versuch immerhin unternehmen: Du sollst dir kein Bildnis machen!

Es wäre aber unfair, die Schuld an dieser fehlgeleiteten Debatte allein dem Atheismus zuzuschreiben. Ausgegangen ist sie ursprünglich von der Theologie selber. Diese versuchte in der Neuzeit mit so genannten »Gottesbeweisen«, in die Rede von Gott so etwas wie Wissenschaftlichkeit einzuführen, was damals gerade in Mode kam. Allerdings hat genau dieser Versuch den Gottesglauben letztlich unterhöhlt. Denn ein Gott, der bewiesen werden kann, ist nicht mehr Gott.

Meistens verbindet sich dieser Diskursstrang noch mit einem weiteren Narrativ, nämlich der Vorstellung, Religion und Wissenschaft seien miteinander unvereinbar oder stünden zumindest Konkurrenz zueinander – auch dies ist eine Vorstellung, die in anderen Kulturen nicht verstanden wird. Sie ist genauso so sinnlos, wie zu sagen, Eisessen und Autowaschen seien miteinander unvereinbar. Beides berührt sich schlichtweg überhaupt nicht. Doch in Europa und Nordamerika schaukeln sich säkularer und fundamental-religiöser Fanatismus inzwischen gegenseitig auf eine Weise hoch, dass vernünftige Debatten praktisch gar nicht mehr möglich sind. Das Offensichtliche, nämlich, dass es sich hier um völlig unterschiedliche Erkenntnisebenen handelt, ist für viele – auf beiden Seiten – aus dem Bereich des Vorstellbaren verschwunden.

Leider überträgt sich dieser Streit im Zuge der globalen Hegemonie einer westlich-europäischen symbolischen Ordnung zunehmend auch auf religiöse Diskurse in anderen Teilen der Welt. Es gibt inzwischen einen starken Einfluss christlich-fundamentalistischer Argumente auf konservative Strömungen im Islam oder im Hinduismus, während gleichzeitig die Linke und die Frauenbewegung viel zu wenig Anstrengungen unternehmen, die eigenen Ideale und Anliegen auch in einem nicht-säkularen Diskursumfeld zu vermitteln. Statt etwa sich mit Frauen zu verbünden, die in ihren jeweiligen kulturellen Kontexten gegen Patriarchat und Unterdrückung vorgehen und sich dagegen wehren, werden diese Frauen häufig aufgefordert, zunächst einmal ihre Religion abzulegen.

Viel besser wäre es doch, sich auf die Beispiele der herrschaftskritischen Geschichte zu besinnen, in denen die Perspektive »Gott« es Menschen ermöglicht hat, sich aufzulehnen und für ein gutes Leben für alle zu kämpfen. Auf die französische Philosophin und Anarchistin Simone Weil etwa, die angesichts der Tatsache, dass die Faschisten vor der Machtübernahme in Europa standen, Anfang der 1930er Jahre zu der Auffassung kam, dass es Gott geben müsse – denn wenn nicht, gäbe es keine Hoffnung. An Gustav Landauer, Ivone Gebara, Franz von Assisi, Jan Hus, Margarete Porete, Moses Hess oder Dorothy Day, um nur eine ganz willkürliche Auswahl aus der Geschichte gottbezogener sozialer Revolutionärinnen und Revolutionäre zu nennen. Die Liste ist endlos verlängerbar. Viele dieser Personen sind zwar durchaus auch heute noch im Kanon der »Linken« vertreten, aber sozusagen ihrer religiösen Anhaltspunkte entledigt worden. Diese gelten als zeitbezogene Irrtümer, als irrelevant. Dadurch wird aber die Kraft ihrer Argumente und ihres Engagements geschwächt.

Das Problem an Missverständnissen, die heute rund um die »Gottesfrage« entstehen, ist, dass sie ablenken von den wirklichen Konflikten, die zu diskutieren wären. Pauschale und undifferenzierte so genannte »Religionskritik« macht es unmöglich, sich mit freiheitlich orientierten religiösen Menschen gegen die herrschenden religiösen Machthaber zu verbünden. Sie werden vielmehr dazu genötigt, sich selbst dauernd gegen Vorwürfe zu verteidigen, und ihre Reformbemühungen innerhalb ihrer religiösen Communities werden untergraben.

Stattdessen wäre es notwendig zu fragen: Was wollen Menschen sagen, wenn sie das Wort »Gott« benutzen? Dann stellt sich nämlich heraus, dass es sich dabei meist nicht um die Pflege irgendeiner dummen Folklore handelt, sondern um existenzielle Themen, auf die auch die säkulare Linke keine Antwort hat.

Dr.in Antje Schrupp ist Politikwissenschaftlerin und Journalistin. Sie bloggt unter antjeschrupp.com.



KATHOLISCHE SOZIALAKADEMIE ÖSTERREICHS

Mit christlicher Ethik zur solidarischen Ökonomie

Durch die Soziallehre der Kirche zieht sich ein kapitalismuskritisches Prinzip, diesem zu folgen ist das Leitmotiv der katholischen Sozialakademie Österreichs, kurz ksoe.

MARKUS BLÜMEL, KSOE

Die ksoe versteht sich als eine Akademie für Bildung und Beratung für den gesellschaftlichen Wandel - im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation. Der Sitz der ksoe ist Wien, der Wirkungsbereich Österreich und darüber hinaus. Sozialethisches Denken und Handeln ist für die Arbeit der ksoe leitend. Die inhaltlichen Schwerpunkte setzt die ksoe aktuell bei alternativem Wirtschaften (solidarische Ökonomien, feministische Ökonomie), Führung & Partizipation (Führungskräfteentwicklung, neue Arbeitsformen) und bei Sozialer Gerechtigkeit (etwa das bedingungslose Grundeinkommen).

In seiner Sozialzyklika »Centesimus annus« aus dem Jahr 1991 unterstrich der damalige Papst Johannes Paul II, dass bereits hundert Jahre zuvor Leo XIII mit der Enzyklika »Rerum novarum« bewusst mit der Haltung gebrochen hat, dass sich die Kirche nur mit den Dingen des »ewigen Lebens« zu beschäftigen habe. Die Soziallehre der Kirche war begründet. Wenn Papst Franziskus sagt: »Diese Wirtschaft tötet«, dann ist das kein »Ausreißer« – eine kapitalismuskritische Linie zieht sich durch die Soziallehre. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen. Grund genug, dass die ksoe wirtschaftliche Alternativen und solidarischen Wirtschaften zum Thema macht.

Mit ihrer Bildungsarbeit eröffnet die ksoe Räume, in denen Menschen Wissen und Kompetenzen stärken können, um gegenüber den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen kritik- und handlungsfähig zu sein. Ganz wesentlich geht es um Gestaltungskompetenz und um das Praktizieren von Demokratie - gerade auch im und für das Wirtschaftsleben. Mit dem frühe-



▲ Abschluss des Lehrgangs Soziale Verantwortung. Gestaltungskompetenz für den gesellschaftlichen Wandel 2014/15

Foto: KSOE

ren »Dreimonatskurs«, dem Lehrgang »Soziale Verantwortung. Gestaltungskompetenz für den gesellschaftlichen Wandel« oder mit der ksoe frauenakademie unterstützt die ksoe seit Jahrzehnten MultiplikatorInnen dabei, Veränderungen im Sinne eines »Guten Lebens für alle« zu initiieren und mitzugestalten.

So konnte mit dem Frauenakademie-Lehrgang »Geld und Leben. Wirtschaftskompetenz entwickeln« ein für Österreich bedeutender Ort für die Auseinandersetzung mit feministischer Ethik und feministischer Ökonomie geschaffen werden, von dem auch immer praktische Impulse ausgingen. So entwickelte eine Teilnehmerin das Projekt »Freda eGen - Genossenschaft zur

Förderung der Gleichstellung von Frauen im ländlichen Raum«.

Seit 1985 ist die ksoe wesentlicher Akteur für das bedingungslose Grundeinkommen in Österreich - mit zahlreichen Publikationen, Veranstaltungen oder auch mit der Gründung des »Netzwerks Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt - B.I.E.N. Austria«. Seit 2001 koordiniert die ksoe die »Allianz für den freien Sonntag Österreich«, die das Anliegen gemeinsamer freier Zeit für Lebensqualität und Zeitwohlstand ins Spiel bringt.

Der Kongress Solidarische Ökonomie 2006 in Berlin war zentraler Impuls für die Auseinandersetzung mit Solidarischer Ökonomie durch die

Akademie. Mit dem Engagement in der Organisation des Kongresses Solidarische Ökonomie Wien 2009 (und in der Folge auch 2013) wurde die ksoe Teil der Bewegung der Solidarischen Ökonomie. Bildungsarbeit für Solidarische Ökonomie durch die ksoe geschieht seitdem immer auch im Bewegungskontext. Die erwähnten Kongresse entsprachen selbstorganisierten Bildungsprozessen. Die ksoe vertritt einen pluralen, offenen Begriff von Solidarischen Ökonomien im Plural, ohne Definitionsmacht auszuüben. Solidarisches Wirtschaften wird als vielfältig in Hinblick auf Praktiken und Ansätze verstanden und bewusst nicht eng gefasst. Allerdings legt die ksoe Wert auf begründete Abgrenzungen, etwa gegenüber sozialem Unternehmertum oder der kommerziellen sharing-Economy.

Die an der ksoe eingerichtete sozioethisch-orientierte Forschungsstelle »Schasching-Fellowship« ging 2016/17 ins zweite Jahr. Dabei lag der Forschungsschwerpunkt auf der sozial-ökologischen Transformation durch neue Produktions- und Lebensweisen, konkret bei Ernährungssouveränität und Solidarischer Landwirtschaft.

Die ksoe entwickelt für sich als Organisation selbst demokratisch-orientierte Strukturen, die sie im Lauf der Zeit auch immer wieder verändert und aktuellen Herausforderungen entsprechend angepasst hat. Auch wird intern mit neuen Entscheidungsfindungsmodellen experimentiert. Manche MitarbeiterInnen sind selbst in Projekten der solidarischen Ökonomie engagiert.

Für 2018 ist von Seiten der ksoe erstmals auch ein eigener Lehrgang »Solidarische Ökonomie« mit mehreren Modulen in Vorbereitung - eine Art Basis-Lehrgang für Personen und Gruppen, die solidar-ökonomische Initiativen bzw. Betriebe starten möchten, aber auch für solidar-ökonomische Betriebe, die in der Pionierphase sind und weitere Impulse und Handwerkszeug benötigen.

Links: www.ksoe.at

CHRISTLICHE ALTERNATIVE ZUM KAPITALISMUS

Solidarische Ökonomie in der Kirche?

Mit dem Memorandum »Solidarische Ökonomie in der Kirche für die Kirche« wurde von der Akademie Solidarische Ökonomie ein Konzept vorgestellt, das auch in die Gesellschaft hinein wirksam werden könnte - nach dem Motto des oft gesungenen Liedverses »Sonne der Gerechtigkeit, gehe auf zu unsrer Zeit, brich in deiner Kirche an, dass die Welt es sehen kann.«

HANS-JÜRGEN FISCHBECK,
AKADEMIE SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Von der Keimzelle der Kirche, der Jerusalemer Urgemeinde, berichtet die Apostelgeschichte:

»Es war auch keiner unter ihnen, der Mangel hatte, denn wie viel ihrer waren, die da Äcker oder Häuser hatten, die verkauften sie und brachten das Geld des verkauften Gutes und legten es zu der Apostel Füßen, und man gab einem jeglichen, je nach dem einer in Not war.«

Dieses Musterbeispiel solidarischer Ökonomie setzte Maßstäbe, die in der Kirchengeschichte nur selten wieder erreicht wurden, am eindrucksvollsten wohl in der Jesuiten-Republik unter den Guarani in Paraguay von 1608-1767. Heute gelten sie nur noch in abgegrenzten sozialen Nischen wie Ordensgemeinschaften, Kommunitäten und in Täufer-Gemeinschaften wie die Hutterer und die Amischen.

Die Kirche erlebt im Zuge der Säkularisierung gegenwärtig einen anhaltenden Mitglie-



▲ Eigene Währung der Bodenschwingschen Anstalten: das Bethelgeld

Foto: Uli Frank

derschwund. Viele, die das geistliche Angebot der Kirche nicht mehr interessiert, fragen sich, warum es sie überhaupt noch gibt. In der DDR schrumpfte die Kirche durch staatliche Repression noch mehr als im Westen. Trotzdem erreichte sie in den 1980er Jahren wieder eine große gesellschaftliche Bedeutung, weil sie als eine autonome Enklave der Freiheit und Demokratie in der totalitär verstaatlichten Gesellschaft für alle erkennbar war und deshalb zur Brutstätte der friedlichen Revolution 1989 werden konnte. Dieser Gewinn wurde jedoch durch den Anschluss der DDR an die BRD wieder verspielt, weil die Kirche nun auch im Osten als quasi-staatliche Körperschaft etabliert wurde und damit als Teil des Systems »Soziale Marktwirtschaft« erschien und nicht mehr als eine strukturelle Alternative dazu.

Der Mitgliederverlust hat natürlich auch Folgen für die Kirchensteuer als der ökonomischen Basis der Kirche, deren Rückgang den Schrumpfungprozess zu einer Abwärtsspirale werden lässt.

In dieser prekären Situation täte die Kirche gut daran, sich auf ihre Traditionen solidarischer Ökonomie zu besinnen, anstatt Unternehmensberater zu Rate zu ziehen. Deren Rat, die Kirche betriebswirtschaftlich zu reorganisieren und aus den Gemeinden marktconforme Unternehmen zu machen, wird ihr die verlorene Glaubwürdigkeit kaum zurückbringen. Vielmehr sollte sie Lehren aus der DDR-Kirchengeschichte ziehen und erkennen, dass es darauf ankommt, selbst eine bessere Alternative zur zunehmend vermarktlichten und entsolidarisierten Gesellschaft zu entwickeln, indem sie Strukturen einer solidarischen Binnen-Ökonomie schafft und so gleichsam zur Brutstätte einer solidarischen Gesellschaft wird.

Als Vorbild könnten die Bodenschwingschen Anstalten dienen. Mit heute 17.000 Beschäftigten für 200.000 Pflegebedürftige stellen sie einen sozialen Korpus eigener Art dar. Weil zu ihrer Finanzierung staatliche Tages- und Pflegesätze nie ausreichten, trachtete man frühzeitig nach Einsparungen durch Selbstversorgung und

entwickelte eine Binnenökonomie, die per se solidarisch war. Da man Arbeit und Beteiligung statt passiver Betreuung als wichtiges therapeutisches Konzept ansah, wurden vielerlei Arbeitsmöglichkeiten in Handwerk, Land- und Gartenwirtschaft geschaffen. Dazu wurden die einzelnen Häuser der Anstalt als »Kolonien« verselbständigt. Die Erträge der Gärten, Höfe und Werkstätten dienten vorrangig dem Eigenbedarf. Der Austausch zwischen den einzelnen Kolonien erforderte zur Verrechnung der gegenseitigen Leistungen ein eigenes Geld, das »Bethelgeld«, das in die Landeswährung getauscht werden konnte. Zeitweilig wurden die Mitarbeiter zum Teil in Bethelgeld bezahlt, damit sie bei den eigenen Einrichtungen kaufen konnten. Wegweisend ist die Recycling-Wirtschaft Bethels: Gebrauchte Textilien, Schuhe und defekte Geräte, Altpapier und Metallschrott wurden gesammelt und so weit wie möglich in eigens eingerichteten Werkstätten repariert.

Die Kirchen und ihre Gemeinden verfügen über den Eigenbedarf hinaus über erhebliches Sachkapital in Form von Häusern und Liegenschaften, die bisher lediglich an Fremdnutzer vermietet und verpachtet werden. Sie könnten aber als Gemeinschaftsgärten, offene Werkstätten oder Stationen für soziale Dienste Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keinen Platz finden, für selbstbestimmte gemeinnützige Arbeiten zur Verfügung gestellt werden, die in einem offenen Netzwerk gebraucht werden. Das Netzwerk wäre durch eine selbst geschaffene Parallel-Währung zu integrieren, in der auch die Beteiligten entlohnt würden, damit sie Gegenleistungen daraus in Anspruch nehmen können.

So könnte eine interne solidarische Ökonomie in der Kirche entstehen, in der Ausbeutung nicht mehr stattfindet und Wettbewerb durch Kooperation ersetzt wird. Auch kirchliche Arbeit könnte großteils in diesem Netzwerk stattfinden, und Kirchensteuermittel könnten gespart werden. So könnte die Kirche der Weisung Jesu: »Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon« überzeugend Folge leisten.

ANZEIGE





WAS WIR VON KLÖSTERN LERNEN KÖNNEN

Neue Gemeinschaften und der Geist der Klöster

Brücken zwischen alt und neu: damit beschäftigte sich 2012 und 2013 die Initiative »Klöster der Zukunft«. In Zwei Symposien, »Stille und Fülle« sowie »Erbe und Neubeginn« brachten wir Ordensleute aus verschiedenen Konfessionen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen an einen Tisch und warfen einen langen und offenen Blick zurück in die Geschichte der Klöster, um Lehren für die Gestaltung einer zukünftigen Gesellschaft zu ziehen.

FRANZ NAHRADA, WIEN

Schon am historischen Geburtsort der Klosterbewegung, bei den Eremiten und Kōnobliten Mitte des vierten Jahrhunderts, steht die Mutation des Christentums zur Staatsreligion Pate. Die »Wüstenväter« flohen vor dieser Institutionalisierung und Instrumentalisierung der Religion, waren im Innersten Rebellen, die aber nicht den Kampf suchten, sondern die Möglichkeit, das höchste menschliche Potential in verschiedenen Bereichen zu entwickeln, durch die Kraft des Beispiels und der ungestörten Fokussierung zu wirken und dafür geeignete Räume zu schaffen. Die Klostergeschichte ist eine Evolutionsgeschichte, Klöster haben nicht nur bedeutsames Wissen für die Welt aufbewahrt und hervorgebracht, sondern sie haben auch an sich selbst gearbeitet, an ihrer inneren Architektur als lebendige, in voller Übereinstimmung mit ihrer Aufgabe gestaltete Standorte und Gebäude. Gerade die westliche Klostergeschichte ist voll von Selbstkritik, Abspaltungen, Neuentwürfen und Wiedergeburt. Ein ganzer Kosmos an »Charismata« ist entstanden, gleichsam manifestierter Intentionen, zumeist anziehend und faszinierend, aber auch manchmal befremdlich und beklemmend. Das Kriegerische und das Friedliche, das Kontemplative und das Prunkhafte, das Intellektuelle und das Emotionale, sie alle haben sich Orte geschaffen, die in evolutionärer Vielfalt von dem Vermögen des Menschen in Gemeinschaft Zeugnis ablegen.

Wir starteten den Diskurs über die Muster der Klöster, als um 2011 sich aus der jungen Geschichte der Alternativbewegung, der Ökodörfer und Kommunen, einige zentrale Einsichten herauszukristallisieren begannen: Überle-



▲ Einige TeilnehmerInnen des Symposiums »Klöster der Zukunft 1 - Stille und Fülle« im Juni 2012 in Seebenstein

Foto: Privat

bensfähig sind diejenigen Gemeinschaften, an deren Ursprung eine Vision stand, in denen Personen als Quelle wirken und anerkannt sind, die wie ein Künstler Gemeinschaft gestalten und nicht einfach passieren lassen. Eine Gemeinschaft braucht für ihre Kohäsion eine gemeinsame Identität, ein Ziel, eine Aufgabe. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, braucht sie aber auch Räume und Gestaltungsmuster, die die in ihr wirkenden Energien stärken und nicht schwächen. Darunter sind etwa die Nähe von Wohnen und Arbeiten, ein ritualisiertes Gemeinschaftsleben und gemeinsamer Haushalt, gemeinsame Produktionsstätten, Gärten, Betriebe, Bibliotheken und eine gewisse Absage an Luxus und Verschwendung jeder Art. Aber das ist nur die Oberfläche, denn wesentlich ist die Ausgestaltung dieser Muster und das ständige Fokussieren des Geistes.

Oft wird die Frage gestellt, ob nicht die Religion der Kitt ist, der das Überleben der Klöster und ihre innere Kohärenz gesichert hat. Ich möchte dieser Behauptung entgegenstellen,

dass es jahrtausendlang ein weltlich abgesichertes Machtmonopol und Privileg der Kirche auf Gemeinschaftsbildung gab, man also genau gegenteilig argumentieren könnte, dass gemeinschaftssuchenden Menschen gar keine Alternative blieb, als den Deckmantel der Religion zu suchen. Aufgegangen sind diese Menschen in ihren Aufgaben, von der Arbeit mit Garten, Kräutern, Essenzen über die hingebungsvolle Pflege der Armen und Kranken bis hin zur Bewahrung des Geistes und der Wissenschaft.

Das Kloster als Angebot, sinnvoll tätig sein zu können, braucht kein Monopol der Kirche mehr zu bleiben. Wir erleben heute einen Zerfall der Moderne, die einem allmächtigen Staat alle Lebensfragen der Gesellschaft überantwortet hat. Dieser Staat hat alle Menschen zum Dienst an der Vermehrung des Geldes rekrutiert, um dann, durch den enormen Ertrag der nationalen Wirtschaft, die Menschen weiter dienstfähig zu erhalten. Doch die selbstzweckhaften Gesetze der Wirtschaft haben diesen ehrgeizigen Traum des Sozialstaats zerstört: weltweite Konkurrenz,

Automatisierung und Präkarisierung haben eine neue Lage und unendlich viele neue Probleme geschaffen. Zugleich aber haben die Fortschritte des Wissens und der Technik, die weltweite Kommunikation über das Netz, die solare Dezentralisierung der Energie und das Ende des fossilen Zeitalters das Zeitalter einer aktiven Zivilgesellschaft eingeläutet, in der die Menschen keine zentrale Autorität und keine Staatsreligion des Geldes mehr brauchen, um ihre Angelegenheiten selber in die Hand zu nehmen. Das Erbe der Moderne ist umfassende Alphabetisierung, viele Bildungselemente, ein neues Weltbürgertum und vor allem die Fähigkeit, mit vertieftem Naturverständnis und globalem Wissen jeden Ort dieser Welt zum Paradies erblühen lassen zu können. Wir brauchen dafür aber Labore der Zukunft, die beginnen die Dinge anders zu machen – und es wird deren Effektivität stärken, wenn sie aus dem reichen Erbe der klösterlichen Geschichte Erfahrungen und Inspirationen von zugleich wagemutiger Vision und pragmatischer Beständigkeit übernehmen.

ORDEN - ALTERNATIVEN ZUM KAPITALISMUS LEBEN

Sie machen den Rand zu ihrer Mitte

Die gängige neoliberale Wirtschaftsordnung produziert in immer größerem Ausmaß durch Ausgrenzungsmechanismen prekäre Lebenssituationen. Genau dorthin zieht es die Ordensleute in ihrer tiefen inneren Spiritualität.

FERDINAND KAINEDER, PRESSESPRECHER DER
ORDENSGEMEINSCHAFTEN ÖSTERREICHS

»Franziskus hat den Franziskanern nicht nur das Geld verboten, sie durften es nicht einmal berühren. Er hat die Kirche nie mit Worten kritisiert, aber er hat sie, weil er das Gegenteil gelebt hat wie damals die reiche Kirche, innerlich kritisiert. Ich denke, das wäre die entscheidende Kritik der Ordensleute heute. Nicht, weil wir besser sind, sondern weil wir die Alternative tatsächlich leben.«

Der Franziskanerbruder Fritz Wenigwieser bringt in dem Video »Regiert Geld die Welt? Die franziskanische Antwort aus Puppung« das Entscheidende auf den Punkt: Die gelebte Alternative. Das Shalomkloster Puppung in Oberösterreich wird von Frauen, Männern und Asylwerbern gemeinsam bewohnt und gestaltet. Zentraler Ort ist die einfach gestaltete Kapelle, wo man sich auch in der Arbeitskleidung zur Unterbrechung und zum Gebet sammelt. Alle sitzen am selben Esstisch und einfaches Essen begleitet ihr Tagewerk.

Christsein auf den Punkt gebracht

Die Generalsekretärin der 105 Frauenorden in Österreich Sr. M. Cordis Feuerstein sieht die Aufgabe der Orden aktuell genau darin: »Die Orden können echte Alternative sein, alternative Lebensformen ausprobieren und leben. Sie können den Mund aufmachen dort wo ihn

niemand aufmacht, im Großen aber auch im Kleinen.« Und genau diese Haltung des einfachen, des gemeinschaftlich gestalteten und hellwachen Lebens ist ganz aktuell.

Der Steyler P. Franz Helm, selber jahrelang in Brasilien als Seelsorger tätig, ist jetzt Generalsekretär der 87 Männerorden in Österreich. Er denkt selber kritisch darüber nach, warum der Nachwuchs in den Gemeinschaften zum Großteil auslässt: »Ich denke ein Hauptgrund dafür ist, dass das Wissen darum und das Gespür dafür, was Ordensleben bedeutet, wenig präsent ist und verstanden wird. Ordensleben ist eigentlich Christ-Sein auf den Punkt bringen. Ordensleben bedeutet, an Brennpunkten der Gesellschaft das Evangelium einzubringen und erfahrbar zu machen. Ordensgemeinschaften sind da entstanden, wo es keine öffentliche Gesundheitsvorsorge gegeben hat. Da waren Ordensleute da und haben Kranke gepflegt. Ordensgemeinschaften sind da entstanden, wo Massenarmut war. Da sind die Franziskaner aufgetreten und haben das Leben mit den Ärmsten geteilt. Ordensgemeinschaften sind heute gefragt, wenn es eine Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge gibt. Flüchtlinge aufzunehmen gehört zur DNA der Orden. Es braucht Menschen und Orte, wo jemand andocken kann. Der Mensch lebt von der Grunderfahrung des Getragen-Seins und des Dazu-Gehörens, der Gemeinschaft – und das letztlich alles auch bei Gott.«

Die Ränder sind die Mitte

Ordensleute zieht es dorthin, wo die Ausgegrenzten leben, sie machen den Rand zu ihrer Mitte. Zugegeben: Das sind nicht alle. Aber diese Lebensrichtung nimmt gerade unter Papst Franziskus Fahrt auf. Davon ist in der Medienwelt

und gängigen Wirtschaftswelt nicht viel zu hören. Beispiele: Die Steyler Missionsschwestern gehen 2017 mit einer Gemeinschaft nach Griechenland mitten hinein in die Flüchtlingsunterkünfte. Die VinziWerke von Pfarrer Pucher stellen Obdachlosen und BettlerInnen ohne Bedingungen einfache Unterkünfte zur Verfügung. Drei Ordensfrauen aus verschiedenen Gemeinschaften errichten eine Wohnmöglichkeit für Zwangsprostituierte nun auch in Innsbruck. Sr. Anna Mayrhofer von den Franziskanerinnen ist selber jahrelang direkt in Kontakt mit betroffenen Frauen in Schutzwohnungen (siehe Interview Seite 12). Wovon niemand wissen will, worüber niemand reden will, genau dorthin gehen die Ordensfrauen und -männer.

Immer auf Ganzheitlichkeit ausgerichtet

Die Kraft der Gemeinschaft, die Commons, sind die ältere Erfahrung des Menschen, älter als der Markt. Erst das Privateigentum im individuellen Sinne interpretiert lässt heute dem Gemeinwohl, dem füreinander sorgenden Wir, kaum Platz. Das immer gemeinschaftlich ausgerichtete Ordensleben folgt damit seit Jahrhunderten der »neuen« Einsicht, die von Commons und Gemeinschaftsprojekten, der solidarischen Wirtschaft und Gemeinwohlökonomie aufgegriffen wird. Ende Mai 2017 haben sich an die 100 Wirtschaftsverantwortliche der Orden in Österreich zu ihrem Wirtschaftstag getroffen. Das Thema war »Wirtschaften im Sinne von Laudato si«. Die Enzyklika des Papstes hat einen nachhaltigen Anstoß gegeben, von einem technokratischen Weltbild in das ökologisch-soziale-spirituelle Paradigma hinüberzuwechseln. Das entspricht viel eher der inneren Dynamik der Orden, die es wieder zu entdecken und zu stärken gilt.

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso

Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG

Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de



FRANZISKANERINNEN: EINE WELTWEITE GEMEINSAME ÖKONOMIE

Die Chance, zeigen zu können, was schief läuft



▲ Starke tanzende Frau (vgl. Ex 15,20), 1999, Papierbatik auf Tusche, 28 x 41 cm - Originalbild in Farbe
Foto: Sr. Heidrun Bauer SDS

Sechs Ordensgemeinschaften haben den Verein Solwodi gegründet, der seine Arbeit Frauen mit Gewalterfahrungen widmet und in Wien, sowie seit kurzem auch in Innsbruck Schutzwohnungen betreibt. Geschäftsführerin des Vereins ist die Franziskanerin Sr. Anna Mayerhofer.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Erzählen Sie bitte erst einmal über sich selbst und über die Tätigkeit von Solwodi.

Anna Mayerhofer: Wir sind ein weltweiter Orden, der im 19. Jahrhundert gegründet wurde und immer dort arbeitet, wo die Ärmsten wohnen, wo selbst die Kirche sonst nicht vertreten ist. Wir sind noch immer 6.000 Schwestern in 75 Ländern. Ich bin die Leiterin des Vereins Solwodi in Österreich. Ich bin ausgebildete Sozi-

alarbeiterin und arbeite bei Solwodi schon 18 Jahre, davon 13 in Deutschland als Leiterin einer Schutzwohnung und Beratungsstelle.

Was genau macht Solwodi?

Wir kümmern uns um Frauen, die Opfer von sexueller Gewalt und Zwangsprostitution geworden sind. Es begann in den 1980er Jahren in Kenia, wo damals viele Sextouristen hinkamen und Frauen auf Grund mangelnder Schul- und Berufsausbildung für den Familienunterhalt ihren Körper verkauft haben. In Europa waren die ersten Klientinnen vor allem Frauen, die durch Heiratshandel nach Deutschland gekommen waren, Philippinas oder Thailänderinnen. Mit der Öffnung der Grenzen kamen dann die Menschenhandelsopfer dazu, Frauen vor allem aus Osteuropa, die mit falschen Versprechen hierher gelockt und dann zur Prostitution gezwungen wurden. Jetzt in Wien haben wir es eher mit Frauen zu tun, die aus unseren europäischen Nachbarländern kommen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, viele aus Romafamilien; Frauen, die keine Schul- und Berufsausbildung haben und sich mehr oder weniger freiwillig prostituieren, um zum Lebensunterhalt ihrer Familien beizutragen. Wir helfen den Frauen, die das wollen, Lebensperspektiven zu entwickeln und ihre rechtliche Situation abzuklären, ihren Aufenthalt zu legalisieren.

Wie wirkt sich die Zugehörigkeit zu einer Ordensgemeinschaft auf Ihre Arbeit aus?

Als Ordensfrau habe ich die Chance, das ankreiden zu können, was in einer Gesellschaft schief läuft, weil ich an diesen Arbeitsplatz nicht gebunden bin. Da ich zu einer Gemeinschaft gehöre, die so international ist, kann ich überall arbeiten. Ordensgemeinschaften haben ja auch so ein bisschen den Anspruch der altbiblischen Propheten, den Finger in die Wunde zu legen und zu sagen, das ist in unserer Gesellschaft nicht in Ordnung und auch die Konsequenzen dafür zu tragen.

Ein Beispiel: als ich damals in Deutschland als Sozialarbeiterin in der Flüchtlingsbetreuung

angestellt war, haben wir auch Frauen aufgenommen, die illegal in Deutschland waren. Das hätte ich als Sozialarbeiterin offiziell nicht machen dürfen. Dazu gab es immer auch die Gefahr der Bedrohung durch die Menschenhändler. Da bin ich für mich zu dem Schluss gekommen, ich habe keine Familie, keine Kinder, meine Existenz ist abgesichert, da kann ich mich eher exponieren und kann auch einmal gegen die gesetzlichen Vorschriften handeln.

Sie wohnen mit anderen Schwestern gemeinsam in einem Haus. Wie kann man sich das Zusammenleben vorstellen und wie funktioniert das in einer Ordensgemeinschaft mit dem Geld?

Wir sind zwölf Personen in einem Haus, jede hat ein Zimmer; Küche, Wohnzimmer und Sanitärräume werden gemeinsam genutzt. Mit dem Geld ist das bei uns ziemlich strikt, wir haben das Gelübde der Armut abgelegt. Die Männer haben das immer lockerer genommen, die haben schon lange ihr Konto und ihre eigene Bankkarte. Bei uns ist so: ich bekomme was ich brauche. Nach unserer Ordensregel muss ich persönlich zwischen Wunsch und Notwendigkeit unterscheiden und das ist individuell unterschiedlich, dafür gibt es keine objektiven Kriterien. Das geht nicht immer ohne Spannungen, aber es hat auch mit einer großen persönlichen Freiheit zu tun, seine Wünsche äußern zu können, aber sich auch in Frage stellen zu lassen von den anderen, die fragen, meinst du wirklich, dass das unserem Lebensstil angepasst ist?

Unser Orden hat noch eine Besonderheit: wir haben im ganzen Orden nur eine einzige Kasse. Alles Geld das wir als Personen verdienen, sei es als Gehalt oder Pension, kommt in eine Kasse, davon zahlen wir unsere Ausgaben. Was übrig bleibt geht an unsere Provinz, die besteht aus 8 Ländern Mittel- und Osteuropas mit 28 Gemeinschaften. Wenn eine Gemeinschaft Geld braucht, bekommt sie es aus der Provinzkasse. Alle 50 Provinzen in der ganzen Welt machen das so und was in den reichen Ländern übrig bleibt kommt in die zentrale Kasse nach Rom, bei der sich die melden, die Geld brauchen, meist die Provinzen in Afrika und Asien. Die Idee dahinter

ist Umverteilung: Niemand soll sich als Bettler oder als Reicher fühlen.

Gibt es noch etwas, was sie den Contraste-LeserInnen sagen wollen?

Teilen, um zu schauen, dass jeder das hat was er braucht, wobei das auch unterschiedlich sein kann, das ist mir sehr wichtig. Wenn jeder nur schaut, dass es ihm besser geht, so kann die Welt nicht funktionieren, darum ist jede Form von Gemeinschaft etwas, wo man das auch lernen und üben kann.

Link: solwodi.at



▲ Sr. Anna Mayerhofer

Foto: Ordensgemeinschaften Österreich

VOM BETEN ZUM TUN

Unterwegs im Durch/ein/ANDER

Ich schweige oft. Um die Welt auszuhalten, brauche ich das tägliche Einfachdasein: Morgens und abends setze ich mich zehn oder fünfzehn oder mehr Minuten hin, halte den Mund und warte, was passiert. Ich nenne es »Gebet«. Oft klärt sich im Schweigebet von selbst, was als Nächstes dran ist. Manchmal wird aus dem Schweigebet ein Liegebet.

INA PRAETORIUS, WATTWIL (SCHWEIZ)

Woher weiß ich, dass stilles Dasein mir und der Welt gut tut? - Von frommen Vorgängerinnen. Zwar könnte ich mir auch ganz allein eine Auszeit-Praxis basteln. Warum aber sollte ich etwas erfinden, das es schon gibt? Die Religionen sind Erfahrungsschätze, die mir leben helfen. Ich nähre mich aus ihnen. Das Überlieferte forme ich in bezogener Freiheit zu etwas, das mir gemäß ist. Dass man auch gut im Liegen beten kann, gerade weil man dabei oft einschläft, habe ich zum Beispiel nicht einer Tradition entnommen, sondern selber erfunden.

ANZEIGE

SSM eBay-Shop

stores.ebay.de/ssmsale2012

Wenn ich vor oder nach dem Schweigebet in der Bibel lese, dann kommt es mir manchmal so vor, als würde ich einen Brief von einer Vormutter oder einem Vorvater öffnen: Ahninnen wollen mir etwas mitteilen über das gute Leben. Politik hat ja nicht erst mit der letzten Bundestagswahl angefangen, und auch nicht mit Rosa Luxemburg, sondern vor Tausenden von Jahren. Uralte Stimmen zu hören, öffnet mich für ungeahnte Horizonte. Wenn ich nicht kapiere oder mir auf die Nerven geht, was da steht, lasse ich es ruhen. Vielleicht fängt dann ein heimatliches Kirchenlied in mir zu summen an. Und irgendwann schickt mich ein Segen zurück ins Tun.

Beziehungsstatus: es ist kompliziert einfach

Als Nächstes muss ich als kritische Zeitgenossin natürlich erklären, warum ich mich ausgerechnet der Religion, in meinem Fall der Kirche anvertraue: Ja ich weiß, es gibt aufgeklärtere Vereine (und in einigen von ihnen mache ich mit.) Ja ich weiß, es gab Kreuzzüge, und die Kirche ist patriarchal und muffig. Ja, ich weiß, es gibt da Missbrauch, und ob es Gott gibt, weiß man nicht. Ja ich weiß: andere gehen andere Wege, und das ist gut so.

Wenn möglich, gehe ich am Sonntagvormittag in einen Gottesdienst. Dort ist mir einiges vertraut und vieles fremd. Wenn der Pfarrer DAS GEHEIMNIS in einer knappen Stunde siebenundfünfzig Mal »Der Herr« nennt, was vorkommt, dann kriege ich schlechte Laune und frage mich, was ich hier soll. Manchmal steht da vorne aber auch eine junge Pfarrerin und hält eine fulminante postpatriachale Predigt. Dann

schmeckt das Abendmahl wieder nach Freiheit und Zugehörigkeit. OK ja: ich bin Protestantin.

Meine evangelisch-reformierte Kirche in Wattwil im Toggenburg ist kein besonders schöner, aber ein großer hoher Raum voller Erinnerungen. Ich gehe am Sonntagvormittag sogar in diese Kirche, wenn man den Gottesdienst ins Nachbardorf hinüber gesparrt hat. Die Tür ist offen. Niemand hindert mich, eine Stunde lang hier zu sitzen und zu wissen, dass in leeren Kirchen Neues entstehen kann, vielleicht übermorgen.

Hier und heute mit uralten Texten unterwegs

Ich liebe die Bibel. Schon ihr bloßes Alter gibt mir Distanz zum Gegenwartsgewusel. Dass ich vieles nicht verstehe oder abstoßend finde, ist logisch. Schließlich handelt es sich um eine Bibliothek aus vielen ganz verschiedenen Büchern.

Aber zwischen all den Familienromanen, zwischen Gesetzen, Heldengeschichten und Kriegsgemüll lässt sie sich doch entdecken: die zarte, aber deutliche Linie der Befreiung. Sie beginnt dort, wo GOTT sagt, SIE sei mit ihrem Schöpfungswerk zufrieden: Sieh hin, es ist sehr gut! (Genesis 1,31). Ich sehe hin und erkenne: ja, ich bin, wie wir alle, Teil einer guten FÜLLE: Luft, Wasser, Erde, Leben. Alle sind wir, ohne dafür bezahlt zu haben, von Müttern in diese FÜLLE hinein geboren. Alle werden wir täglich von der Matrix Kosmos gratis genährt. Alle bleiben wir unser Leben lang von IHR abhängig und sind gleichzeitig in die Freiheit entlassen, zu nähren, was uns nährt: ADONAJ, deine Gottheit, sollst du achten, für sie arbeiten, an ihr hängen

(Deuteronomium 10,20). Töte nicht! Stiehl nicht! Verleumde deine Nächsten nicht! (Deuteronomium 5,17,19f). ICH-BIN-DA. Eine mitfühlende, barmherzige Gottheit bin ich, langmütig, treu und wahrhaftig (Exodus 34,6). - Von diesen anfänglichen Zusagen spannt sich ein Bogen hin zu entscheidenden Sätzen am Ende der Bibel: Die Liebe ist von GOTT. Alle, die lieben, sind von GOTT geboren und kennen GOTT. ... denn: GOTT ist LIEBE. (1 Johannes 4,8). Und: Seid ... vollkommen, wie eure MUTTER im Himmel vollkommen ist (Matthäus 5,48).

Ich lebe in diesem gerichteten Durch/ein/ANDER Bibel. Nicht, weil es widerspruchlos oder stets wahr wäre, sondern weil es einzigartig ist und mich immer wieder überrascht. Ich liebe es, Teil einer langen Geschichte zu sein, umgeben von einem unsagbar GROSSEN UMUNSHERUM, von Vorfahrinnen und Vorfahren und Zeitgenossinnen und Nachkommen, vom ZWISCHEN ALLEN UND ALLEM. Und weil ich täglich zweimal im Schweigebet meine Fürsorgeabhängigkeit spüre, habe ich, zum Beispiel, einen Text geschrieben und einen Verein gegründet, die beide »Wirtschaft ist Care« heißen.

Ina Praetorius beschäftigt sich mit Care-Ökonomie nicht nur aus ihrer individuellen Erfahrung der Fülle heraus, sondern auch mit wissenschaftlichen Argumenten und praktischem Engagement. Sie hat die Initiative »Karwoche ist Carewoche« ins Leben gerufen und unter anderem den Essay »Wirtschaft ist Care« geschrieben.

wirtschaft-ist-care.org

www.boell.de/sites/default/files/2015-02-wirtschaft-ist-care.pdf

karwoche-ist-carewoche.org

inabea.wordpress.com

DAS RECHTSGUTACHTEN DES MONSANTO TRIBUNALS

165 Millionen bringen keinen Wald zurück



▲ Endzeitstimmung im Rheinland, wo jetzt noch ein schützenswerter Wald steht wird bald die gleiche Mondlandschaft zu sehen sein
Foto: Bert Kaufmann (cc-by-sa 2.0)

Mit den letzten Klimacamps im rheinischen Braunkohlerevier, den Blockaden von »Ende Gelände« und vielen anderen Gruppen und Aktionsformen ist deutlich mehr mediale Öffentlichkeit auf die Förderung von Braunkohle gerichtet. Ironischer Weise ist es ausgerechnet eine Studie, die RWE selbst in Auftrag gegeben hat, die belegt, dass auch in 300 Jahren wasserwirtschaftliche Maßnahmen nötig sein werden, um die Folgen des Kohleabbaus zu kompensieren. Um den Hambacher Forst zu erhalten und den Kohle-Abbau zu stoppen rufen die Aktivist*innen von »Hambi bleibt« zur Beteiligung jetzt im Herbst auf, da die Rodungssaison am 1. Oktober startet.

ULRIKE KUMPE, BERLIN

Aus einem Gutachten, dass RWE in Auftrag gegeben hat und welches auf Antrag des Westdeutschen Rundfunks (WDR) von der Bezirksregierung Arnsberg veröffentlicht wurde, wie der WDR bekannt gibt, geht hervor, dass noch in über 300 Jahren die Folgen des Braunkohleabbaus für den Wasserhaushalt im Rheinland spürbar sein werden. Der WDR forderte die Herausgabe des Gutachtens nach dem Informationsfreiheitsgesetz. RWE wehrte sich dagegen. Die Bezirksregierung Arnsberg entschied sich für die Veröffentlichung, da: »gerade die Folgekosten des Bergbaus, die mit der Wiedernutzbarmachung zusammenhängen, die Öffentlichkeit erheblich betreffen. Denn fällt ein Betreiber z.B. wegen einer Insolvenz als Pflichtiger aus, müsste die öffentliche Hand die Umweltschäden beseitigen und dafür aufkommen.« Insgesamt veröffentlichte die Bezirksregierung Arnsberg drei Studien, die sich mit den Folgen des Braunkohleabbaus und den Rückstellungen zur Beseitigung der entstandenen Schäden im Rheinland befassen. Der eigentliche Skandal richtet sich darauf, dass RWE nicht genug Geld für diese Folgekosten zurückgestellt hat und befürchtet wird, dass am Ende nicht RWE sondern die Allgemeinheit für die Folgeschäden aufkommen muss. Braunkohle-Experte Dirk Jansen vom BUND bezeichnete die Summe

von 165 Millionen als Rücklage für die Beseitigung wasserwirtschaftlicher Schäden als »absolut realitätsfremd«. RWE hatte selbst gegenüber dem WDR diese Rücklagensumme bekannt gegeben. Alle drei Gutachten kommen allerdings zum Schluss, dass die geplanten Maßnahmen und deren Finanzierung durch RWE gesichert sind. Das sieht der BUND anders und fordert deshalb einen unabhängigen Fonds für die Folgeschäden und ein unabhängiges Gutachten, so dass die Finanzierung des Rückbaus nach Beendigung des Braunkohleabbaus durch die RWE Power AG gedeckt bleibt.

Alles Spekulation

Der Konflikt um den Braunkohleabbau mutet zum Teil absurd an. Die Befürchtung, dass RWE insolvent gehen könnte ist genauso real oder unreal, als dass ein unabhängiger Fonds 300 Jahre Bestand hätte. Dies würde bedeuten, dass gesellschaftliche Folgesysteme immer einen geregelten Übergang hätten. Es setzt dadurch eine 300 jährige politische Stabilität in der Region voraus. Und es setzt ebenso voraus, dass die nächsten 300 Jahre keine großen klimatischen oder Bodenveränderungen eintreten. Doch das ist alles reine Spekulation. Geregelt werden müsste ein tatsächlicher Ausstieg, bevor sämtliche Kohlevorkommen ausgebeutet sind. Denn genau das ist aktuell die Grenze für die Ausbeutung fossiler Energieträger. Das gilt nicht nur für Kohle sondern in gleichem Maße für die Ausbeutung von Erdöl und Erdgas. Schluss ist, wenn es alle ist. Die Umstellung hin zu erneuerbaren Energien oder die Reduktion des Stromverbrauchs von Privathaushalten um 4 Prozent, spielt bislang für eine Reduktion der Ausbeutung fossiler Energieträger keine Rolle. Auch Umweltschäden und -verschmutzung sind nur nach dem Abbau von Belang, wenn es darum geht zu rekultivieren. Dass auf diese Weise ein wichtiger Naturraum - der "Hambacher Forst" fast vollständig und endgültig zerstört wird, ist ebenso wenig von Belang. Deshalb rufen Umweltaktivist*innen von

»Hambi bleibt!« zu weiteren Baumbesetzungen und Waldspaziergängen auf. Angaben des BUND zufolge plant RWE weitere Rodungen, trotz einer vom BUND bereits Anfang August eingereichten Klage zum Erhalt des Waldes, der sie bereits Anfang August eingereicht hat.

Infos unter

- https://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/presse/2017/09/138_17_09_26/index.php
- <http://www.klima-allianz.de/presse/meldung/wdr-legt-rwe-dokumente-offen-rueckstellungen-fuer-tagebauschaden-dringend-sichern/klimaretter.info>
- <https://www.bund-nrw.de/presse/detail/news/eilantrag-fuer-rodungsstopp-im-hambacher-wald/>
- www.hambacherforst.org
- <https://www.ende-gelände.org/de/>

ANZEIGEN



CHE
wäre bei uns Stifter

Che Guevara kämpfte nicht nur revolutionär für die Freiheit. Er meinte auch, dass es nicht reiche, die gesellschaftlichen Probleme zu benennen, es müssten auch die ökonomischen Ursachen behoben werden.

ethecon setzt genau hier an. Mit weltweiten Kampagnen und Aktionen. Für eine Welt ohne Ausbeutung und ohne Unterdrückung. Als Stiftung mit langem Atem. Weit über die heute lebenden Generationen hinaus.

ethecon ist eine Stiftung „von unten“ und braucht noch mehr Spenderinnen, Fördermitglieder und Stifterinnen. Zustiftungen sind bereits mit kleinen monatlichen Raten möglich.

Und Sie?
Zustiftungen sind bereits mit kleinen Beträgen möglich. Jetzt kostenfrei Infos anfordern.

Protestaktion mit riesigen Buchstaben am AKW Gundremmingen

Am 17. September protestierten Atomkraft-Gegner*innen vor dem Atomkraftwerk im bayrischen Grundmemmingen. Mit riesigen Buchstaben forderten sie die sofortige Abschaltung. In der gemeinsamen Presseerklärung legen »ausgestrahlt«, »Mahnwache Grundmemmingen« und das »Umweltinstitut München« den Grund für ihre Aktion dar:

»In Wahlkampfzeiten sind »große Worte« nicht selten. Doch heute kommen sie in ganz besonderer Form und nicht aus den Mündern von Politikern«, so Helge Bauer von »ausgestrahlt«. »Wir fordern von der nächsten Bundesregierung das gefährlichste AKW in Deutschland spätestens zum Jahreswechsel vollständig abzuschalten. Die Pläne, Block C in Gundremmingen noch vier weitere Jahre zu betreiben, müssen vom Tisch.«

»Es ist unverständlich, dass wir der Gefahr von Block C vier weitere Jahre ausgesetzt werden sollen, dass weitere vier Jahre Atom Müll produziert werden soll und gleichzeitig der Ausbau der Windkraft in Bayern blockiert wird«, erklärt Thomas Wolf von der »Mahnwache Gundremmingen«.

»Die Siedewasserreaktoren in Gundremmingen sind ein unverantwortliches Risiko. Sie gehören sofort und endgültig vom Netz«, ergänzt Philip Bedall vom Umweltinstitut München. »Das sieht auch die Mehrheit der Bayerischen Bevölkerung so. Die bayerische wie auch die Bundes-Atomaufsicht könnten eine Abschaltung in die Wege leiten, aber sie sitzen das Risiko aus. Die künftige Bundesregierung muss die Zukunft Gundremmingens zum Gegenstand von Koalitionsverhandlungen machen!«



▲ Aktion mit Riesenschriftzeichen vorm AKW Grundmemmingen
Foto: Sr. Andreas Conradt / PubliXviewing

- Bitte schickt mir weitere Informationen (kostenfrei).
- Ich werde Fördermitglied mit (mind. 60 € jährl.) €
Der Beitrag soll in gleichen Raten eingezogen werden
 monatl. viertelj. halbjährl. jährl. €
- Ich spende der Stiftung ethecon €
- Ich werde Stifter/in bei ethecon
 Einmalzahlung (mind. 5 Tsd. €) €
 Ratenzahlung monatlich (mind. 20 €) €
(in beiden Fällen ist eine zusätzl. Fördermitgliedschaft erforderlich)

Bitte deutlich schreiben:

Name, Vorname	Alter
Straße, Nummer	PLZ, Ort
Telefon	Geldinstitut
IBAN	BIC
E-Mail	Datum, Unterschrift

ethecon
Stiftung Ethik & Ökonomie
Schweidnitzer Straße 41, D-40231 Düsseldorf, Fon 0211 - 26 11 210
Fax 0211 - 26 11 220, eMail info@ethecon.org | facebook/ethecon

DIE AT.TENSION UND VIER TAGE SELBSTORGANISIERTES SCHÖNES LEBEN

Draußen, Theater, Festival



▲ Bunt beleuchteter Theater-Hangar während der at.tension

Foto: Daniel Häfner



▲ Kino-Hangar mit dem Wahrzeichen der Fusion einer Rakete

Foto: Chris Grodotzki / jib collective

Festivals sind Spektakel, sie sind fantasie reich, bunt, vielfältig, laut, aber auch leise – und klar, im Sommer draußen. Doch über sie zu berichten ist schwer: vorher gibt es vielleicht vollmundige Ankündigungen und im Nachhinein zu berichten ist auch etwas unfair den Lesenden gegenüber, denn war das Festival gut, müssen sie mindestens ein Jahr warten, ehe sie selbst teilnehmen könnten. Das zweijährlich stattfindende Theaterfestival at.tension vom 31. August bis 03. September 2017 war aber der Anlass, hinter die Kulissen der Festivalorganisation zu schauen. Und um es vorweg zu nehmen: Festivals können Räume sein, wo die Grenzen zwischen Produzenten und Konsumenten fließend werden und die auch im Umgang miteinander ein Experimentierfeld für eine Gesellschaft von morgen sein können.

DANIEL HÄFNER, COTTBUS

Wer in Lärz (bei Neustrelitz, Mecklenburg-Vorpommern) auf dem Gelände des Kulturkosmos Müritz e.V. ankommt, findet zunächst eine riesige Zeltstadt. Die rund 8.000 Gäste des Festivals wollen untergebracht werden, und so sind Wasseranschlüsse, Duschen und Kompost-Toiletten vorbereitet.

Hinter dem Tor führt eine alte Betonstraße in die Ferne und alles wirkt irgendwie leicht staubig. Nach wenigen Metern öffnet sich der Blick und langsam wird klar, was diesen Ort so besonders macht: die Straße ist links und rechts gesäumt von alten Hangars, in denen zu DDR-Zeiten Militärflugzeuge stationiert waren. Damals zur Tarnung und dann über die Jahre des Alterns sind diese mit Gras, kleinen Bäumen und Sträuchern bewachsen; rote Fahnen wehen über ihnen, auf manchen gibt es Aussichtsplattformen.

Die Eingänge der Hangars sind liebevoll gestaltet, sie wurden bemalt, manche sind mit Holzterrassen bebaut, einige mit Fenstern versehen, manche sind im hinteren Teil mit einer Bühne ausgestattet und im vorderen Teil mit einer Bar. Sie heißen Casino, Cabaret, Salon de Baile oder Datscha und sind die wichtigsten Veranstaltungsorte auf dem Gelände. Zwischen den Hangars finden sich Installationen und Holzbauten, die ästhetisch irgendwo zwischen professionellen Ständen, liebevoll gestalteten Bretterbuden und futuristischen Jahrmärktsständen schwanken.

Der zentrale Platz des ehemaligen Militärflugplatzes ist die Landebahn. Sie ist gefüllt mit schlendernden Menschen und überraschend vielen Kindern. Darunter auch viele Interessierte aus der Region. Die Atmosphäre ist beinahe familiär, zumindest aber freundlich und offen. Ein Trampolin ragt am Rande des Platzes rund 10 Meter in die Höhe und wird abends von Akrobaten bespielt.

Zirkuszelte stehen am Horizont und wer auf sie zuläuft, findet weitere kleine Bühnen und Gestelle für Akrobatik-aufführungen und Performances, für Clownerie und Artistik.

Vor einzelnen Theatervorstellungen bilden sich lange Schlangen. Die Leute warten manchmal mehr als eine Stunde auf die nächste Vorstellung – in der normalen Theaterwelt ist das wohl eher selten. Mehr als 260 Vorstellungen gibt es an den vier Tagen auf über 50ha des Geländes zu sehen. Die Darbietungen reichen von eher politischen und monologischen Veranstaltungen wie der »Situation mit ausgestrecktem Arm« und die NSU-Monologe über Vorstellungen des Neuen Zirkus bis hin zu Kabarett. Mit dem CONTI-NU wurde erstmals auch ein expliziter Raum für die politische Debatte geschaffen, der laut Veranstalter dem gesprochenen Wort, dem Dialog und auch der Revolution vorbehalten war. Es gab es Veranstaltungen zum Circus im Nationalsozialismus, aber auch die politischen Aktionsgruppen der Kommunikationsguerilla von Zentrum für Politische Schönheit und Peng! stellten sich vor. Im Workshop-hangar wurde DIY groß geschrieben mit Puppen- und Maskenbau bis hin zum Bike Yoga. Gerade diese Ebene und auch die Diskussion hebt den Gegensatz von Organisierenden und Konsumierenden kurzfristig auf.

Abends wurde gefeiert – überwiegend zu elektronischer Musik und bis in den Morgen. Eine der Veranstaltungsoasen des Festivals war das »Karl Kutter« – tagsüber gab es Performances und Konzerte, nachts wurde im Sand getanzt. Auf dem umschlossenen Platz gab es Essensstände, Bars und eine Bühne, auf der sich eine schwarz-weiße Spirale in die Unendlichkeit drehte. Ein alter Kran schwenkt über die Tanzfläche und ein sich drehendes Schaufelrad mit Spiegeln schickte Lichtstrahlen über die Tanzfläche. Am benachbarten Hangar reihte sich Terrasse an Terrasse. Der Ort lebte von der Energie der Tanzenden und von Kreativität und Engagement der Schaffenden. Hier war die at.tension dann dem Musikfestival Fusion doch ein klein wenig ähnlich, das auf demselben Festivalgelände stattfindet.

At.tension und Fusion – herrschaftsfrei?

Überhaupt ist das at.tension ohne die Fusion wohl kaum zu denken, auch wenn es mit dem Theaterschwerpunkt und den »nur« 8.000 Gästen natürlich deutlich entschleunigter ist. Das Publikum ist ähnlich, wenn auch vielleicht etwas älter und mit

Kindern unterwegs, aber auch viele der Helfenden unterstützen beide Festivals. Finanziert wird das at.tension mit bis zu 40 Prozent aus den Einnahmen der Fusion.

In unseren Gefilden ist die Fusion mit bis zu 70.000 Feiernenden wohl so etwas wie die Mutter aller elektronischen Musikfestivals. Von ihr gehen Impulse und Innovationen aus, die schnell auch auf den anderen und vermehrt organisierten Open-Air-Festivals aufgegriffen werden. Ästhetik, Organisation oder Angebote – viele andere Festival beziehen sich positiv auf die Fusion – oder grenzen sich davon ab. Natürlich hat auch die Fusion Vorbilder wie ehemals Woodstock oder das Burning Man Festival in den USA. Der Name Fusion ist Programm, und so verschmelzen verschiedene Szenen und Subkulturen miteinander: Hippies, die mit dem Akkuschrauber noch schnell die Installationen reparieren, Antifas, Ökos und Fans der elektronischen Musik feiern dort zusammen. Kreativität und Innovation kommen aus den verschiedenen alternativen Nischen der Gesellschaft, häufig sind es Kunst-Kollektive und Kulturgruppen der linken und alternativen Szene, die die verschiedenen Veranstaltungsräume ausgestalten.

Ziel der Fusion ist ein Ferien- oder Partykommunismus, wie es die Veranstalter nennen – eine kurzfristige positive Parallelgesellschaft, die die Möglichkeiten jenseits von Herrschaft und Kontrolle aufzeigen soll. Die Fusion soll als soziale Plastik aber über die wenigen Tage des Feierns hinaus wirken – sie soll den Menschen ein Gefühl geben, wie eine andere Gesellschaft sein könnte. Es gilt, das mögliche Morgen im Hier und Jetzt erlebbar zu machen, jenseits der Theorie als reine lebensfrohe Praxis.

Das ist eine alte Idee der Technoszene der 1990er Jahre in Berlin, wo elektronische Musik und das offene Lebensgefühl in besetzten Häusern und auch spontan besetzten Locations vor allem in Ostberlin stattfand. Dies war möglich, weil der Staat dort in der Ostberliner Mitte (noch) nicht so gut organisiert war, weil Polizei und Ordnungsamt das Stadtgebiet eben nicht bis in jede Nische hinein kontrollieren konnten. Dies ließ Raum für die Entfaltung einer kreativen Szene jenseits des Mainstreams. Doch mittlerweile sind viele der alten Locations abgerissen, kommerzialisiert oder weg-gentrifiziert. Die Fusion – die erste fand 1997 statt – ist ein Kind dieser relativ freien Zeit. Auf dem ehemaligen Militärflugplatz in Mecklenburg-Vorpommern ist sie Kontrolle und Gentrifizierung bisher entgangen. Im letzten Jahr sperrte die Polizei dann nach dem Festival

die Autobahn Richtung Berlin und kontrollierte alle Fahrenden auf Alkohol und Drogen – und wurde wohl gelegentlich auch fündig. Der Staat kontrollierte also auch hier, wenn auch (noch?) in großem Abstand zum Festivalgelände.

Doch auch die Fusion selbst ist nicht frei von Kontrolle. So gab es größere Debatten darüber, als 2013 ein zweiter Zaun errichtet wurde, um Leute ohne Ticket draußen zu halten. Die Tickets waren ausverkauft, der Platz war voll – knapp 70.000 Menschen feierten auf dem 100ha großen Gelände. Einige, die dennoch über den Zaun kletterten, verloren einen Finger, als sie beim Hinunterspringen an der Zaunspitze hängen blieben. Verschiedene politische Gruppen und Einzelpersonen, die den Zaunbau ablehnten, verließen daraufhin die Organisation des Festivals. Einen Zaun bauen, um eine angebotene herrschaftsarme Veranstaltung zu schützen? Da offenbarten sich die Spannungsfelder und Grenzen einer sozialen Plastik im Hier und Jetzt.

Die Grenze zwischen Produzenten und Konsumenten

In diesem Jahr setzte das Fusion-Festival das erste Mal aus – für eine kreative Verschnaufpause, um die Infrastruktur auf dem Gelände auszubauen, aber auch, weil die OrganisatorInnen vom Kulturkosmos das Gefühl hatten, dass sie »nur noch liefern mussten« und keine Zeit mehr blieb um zu reflektieren, was sie da eigentlich wie machen. Die at.tension hat davon profitiert – das Büro des Kulturkosmos konnte sich auf eine Veranstaltung konzentrieren und seit November letzten Jahres waren sechs Leute auf verschiedenen Theatertreffen und dutzenden Vorstellungen, um das Festival zu kuratieren. Auch wurden die vorhandenen Räume neu erschlossen, mit neuen Inhalten besetzt und so zu einer Überraschung auch für diejenigen, die das Gelände seit langem kennen.

Und sie mussten auch organisieren. Um den Aufwand deutlich zu machen: allein am »Karl Kutter« halfen in den vier Tagen des Festivals 130 Menschen bei Auf- und Abbau, an den Bars und als DJs. Sie organisierten sich mit Listen und Plena, E-Mails und wenn es nicht anders ging auch durch Selbstausbeutung – für das Gelingen des Festivals und die Feiernenden. Doch auch hier gab es ein Spannungsverhältnis zwischen der notwendigen langfristigen Organisation und spontanen Wünschen, zur Frage wer, wann, wieviel Verantwortung übernimmt oder auch abgibt. Das Plenum des Kulturkosmos besteht aus 23 Menschen, zwei Drittel davon arbeiten ehrenamtlich, und so bleibt zumindest der Anspruch, Verantwortung und Arbeit auf möglichst viele Schultern zu verteilen.

Das at.tension wäre ohne die insgesamt rund 1.400 Helfenden nicht zu denken. Häufig melden sie sich in den mehr als 70 Crews zum Helfen und stammen aus politischen Zusammenhängen und verschiedenen Subkulturen. Es sind diese Netzwerke, die at.tension und die Fusion möglich machen. Die Hilfe reicht dabei von der Barschicht über den Umgang mit der Veranstaltungstechnik bis hin zur kompletten Gestaltung unterschiedlicher Veranstaltungsräume. Insgesamt gibt es ein Gefühl des Mitgestaltens und wer mag, kann spontan mithelfen – und muss es manchmal auch.

Und so verweisen at.tension und Fusion darauf, dass der Übergang zwischen Produktion und Konsum ein fließender sein kann, gelebt wird dies aber auf anderen kleineren Festivals intensiver. Festivals mit 8.000 oder 70.000 Teilnehmenden können aber wahrscheinlich auch nur der Verweis auf das ganz Andere sein – gelebt werden muss dies draußen, in kleineren Zusammenhängen und im Alltag. Was bleibt sind die Erlebnisse, Bilder und das Gefühl einer gewissen Leichtigkeit.

Bilderstrecke unter:
www.contraste.org



▲ liebevoll gestaltete Skulptur auf dem Festivalgelände

Chris Grodotzki / jib collective

EIN LEBEN FÜR DEN GEMEINNÜTZIGEN WOHNUNGSBAU



Der Autor Karl-Heinz Peters wurde im Jahr 1912 geboren, ist mittlerweile mit 105 Jahren verstorben, und war bereits über 100 Jahre alt, als er das vorliegende Buch über sein Lebensthema verfasste. Von 1951 bis 1978 war er Vorstand der Gehag – Gemeinnützige Heimstätten-, Spar- und Bau-Aktiengesellschaft. Diese wurde 1924 als gewerkschaftlich-genossenschaftliches Unternehmen zur »Beschaffung gesunder Wohnungen zu angemessenen Preisen für die minderbemittelten Volksklassen« in Berlin gegründet. Sie errichtete Siedlungen unter anderem nach Plänen des Architekten Bruno Taut, und nach der mühevollen Reorganisation nach 1945 die Gropiusstadt.

Detailreich, und für Außenstehende nicht immer leicht nachzuvollziehen, schildert der Autor, wie die Gehag mehr und mehr zum Spielball der Interessen, mitunter auch zum Opfer der Gleichgültigkeit der Gewerkschaften und der Politik wurde. Er wehrte sich sowohl gegen Bestrebungen, die Gehag vollständig ins Eigentum des Landes Berlin zu überführen, als auch gegen Versuche der Neuen Heimat, sie zu übernehmen. Aufgrund tiefgreifender »Unterschiede in den Auffassungen von der Zukunft der Gesellschaft« wurde seine Bestellung zum Vorstandsvorsitzenden 1978 nicht verlängert.

Die Einmischung der Politik in die Unternehmensleitung sah Karl-Heinz Peters als Fehler, weswegen er es zu schätzen wusste, dass die Gehag in der Rechtsform einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft zumindest zeitweilig unabhängig vom direkten politischen Einfluss war. Er kritisiert die Entwicklung des Unternehmens nach der Wende, unter anderem den 1993 aufgelegten sogenannten Prominentenfonds, mit dem die Gehag Teil des Berliner Bankenskandals wurde. Mit der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit 1990 begann eine Welle der Privatisierungen, der die Gehag – als erstes Berliner Wohnungsunternehmen – im Jahr 1998 zum Opfer fiel. Nach mehreren Eigentümerwechseln wurde sie 2007 mit der Deutsche Wohnen AG fusioniert.

Der Soziologe Andrej Holm – kurzzeitig Staatssekretär für Bauen und Wohnen in Berlin – stellt in seinem Vorwort fest: »Karl-Heinz Peters führt uns dabei in eine Zeit, in der wichtige Männer bedeutsame Entscheidungen trafen und politische Orientierungen vor allem von Personalentscheidungen abhingen schienen«. Zeit seines Lebens fühlte sich Karl-Heinz Peters dem Ziel »Wohnen darf keine Ware sein« verpflichtet. Unmissverständlich macht er deutlich, dass bezahlbarer Wohnraum eine dauerhaft verfügbare soziale Infrastruktur sein muss.

Das Buch von Karl-Heinz Peters ist nicht nur ein wertvolles zeitgeschichtliches Dokument, sondern gleichzeitig eine Inspirationsquelle für die heutige Gestaltung von Wohnungspolitik, und sollte Pflichtlektüre sein für alle, die mit Fragen der Wohnraumversorgung befasst sind.

Elisabeth Voß

Karl-Heinz Peters: Von der Gemeinnützigkeit zum Profit. Privatisierungssopfer Gehag - Herausforderung für alternative Wohnungspolitik. Mit einem Vorwort von Andrej Holm. VSA Verlag, Hamburg 2016, 120 Seiten, 12 Euro

ENGAGIERTER LINKSSOZIALIST



Der hier vorliegende Band erscheint als Dokumentation eines kleinen Kongresses, der 2016 aus Anlass des Todes von Arno Klönne stattfand. Die groben Lebensdaten von Klönne: Geboren in katholischen Milieu 1931, Dissertation 1955, engagiert in der Jugendbewegung, den Ostermärschen, der APO und im Sozialistischen Büro (SB) und in der Redaktion von deren Zeitschrift »links«. Mit fast 50 Jahren dann 1978 Professor für Soziologie in Paderborn. Unermüdlicher Autor vor allem zu den Themen Jugendbewegung, (Widerstand im) Nationalsozialismus sowie drittens (Geschichte der) Arbeiterbewegung.

Die AutorInnen der 22 Artikel entstammen mehrheitlich der Alterskohorte von Klönne, der jüngste ist 1964 geboren! Die Vielfalt der Beiträge spiegelt die breiten Interessen und Forschungsfelder von Klönne gut wider: Egon Becker etwa steuert eine qualitative Untersuchung zur Geschichte des Sozialistischen Büros bei. Georg Fülberth schreibt lesenswert über die verschiedenen Formate der linken Printmedien, die heute vor allem, so Fülberth (nur) noch als Zirkulare für eine kleine Zielgruppe existieren würden. Der von Klönne mitgeprägte »ossietzky« (gegründet 1997) sei dafür, neben vielen anderen, ein Beispiel. Der Kunstpädagoge Peter-Ulrich Hein, der bei Klönne promoviert, schreibt über die Schnittmenge von Religiosität und messianischem Sozialismus, die sich vor allem auch in dem Bedürfnis zeige, Einblicke und Erkenntnisse zu ästhetisieren. Bei Klönne freilich sei der unvermeidlich damit einhergehende Romantizismus allerdings durch soziologischen Scharfsinn gebändigt gewesen. Detlef Siegfried berichtet über den 1960 ja bereits 29 Jahre »alten« Klönne als Mittler zwischen den neuen hedonistischen Subkulturen und der Traditionslinken. Er erzählt detailliert von Debatten und Konflikten in und zwischen diesen beiden Milieus, wie sich etwa in verschiedenen »Musikzeitschriften« wie zum Beispiel »Song« (erschienen 1966-1970) zeigten.

Es ist schon beeindruckend darüber zu lesen, wie Klönne über 65 Jahre lang publizierte, von 1950 bis zu seinem Tod 2015, wie er als produktiver Linksozialist im katholisch-konservativen Ostwestfalen Kontakte zu verschiedenen politischen Milieus in der Bundesrepublik hielt – und gestaltete.

Klönne war Organisator und Unruhestifter, Protestler und Sozialforscher, bis 2004 Mitglied der SPD, und unerermüdlicher Netzwerker. Er bewegte sich in dem unvermeidlichen Widerspruch, die von ihm favorisierte Selbstorganisation ja auch irgendwie organisieren zu müssen, ja sie zumindest befördern zu wollen. Über den privaten Menschen Klönne erfährt der Leser und die Leserin nichts.

Bernd Hüttner

Barbara Klaus/Jürgen Feldhoff (Hrsg.): Politische Autonomie und wissenschaftliche Reflexion. Beiträge zum Lebenswerk von Arno Klönne; papyrossa Verlag, Köln 2017, 302 Seiten, 20 Euro

ABGRUNDTIEF + BODENLOS



Er habe lange gefeilt an der Formulierung des Titels, sagte der Verkehrsexperte Dr. Winfried Wolf bei der Buchvorstellung an einer Montagsdemo in Stuttgart Ende Juli. Doch »abgrundtief und bodenlos« sei ausgesprochen passend, denn auch das Immobilien- und Bahnprojekt Stuttgart21 sei damit treffend beschrieben. Auf doppelt so vielen Seiten wie eigentlich geplant, analysiert der Autor die gesamte Geschichte des zerstörerischen Großprojekts und liefert gleichzeitig eine solidarische und umfassende Beschreibung des BürgerInnenprotests.

Stuttgart21 sei laut Wolf in dreifacher Weise einmalig: »Es handelt sich um das mit Abstand größte Bauprojekt in Deutschland. Zudem ist es das einzige Projekt, bei dem eine gigantische Summe Geld dafür ausgegeben wird, eine bestehende Kapazität – hier diejenige des Hauptbahnhofs Stuttgart – zu verkleinern. Schließlich gibt es nirgendwo in Deutschland eine derart große, kreative Protestbewegung, die seit mehr als sieben Jahren und mit mehr als 375 Montagsdemonstrationen aktiv ist.«

Der Autor ist regelmäßiger Gast an den Montagsdemos in Stuttgart und versucht erst gar nicht, das Projekt in irgendeiner Weise neutral zu beschreiben, sondern er führt überzeugend aus, dass Stuttgart21 »absehbar scheitern« werde. Präzise in den Details und mit vielen Quellenangaben erläutert er vier Gründe, die unabhängig voneinander seiner Einschätzung nach dazu führen werden, dass das Projekt nicht zustande kommen werde: die sechsfach überhöhte Gleisneigung, der bereits erwähnte Kapazitätsabbau, die nicht beherrschbare Gesteinsschicht Anhydrit sowie die ausufernden und nicht finanzierten Kosten. Außerdem beleuchtet er ausführlich die äußerst dubiose Rolle der verschiedenen Landesregierungen, den Filz von Betonmafia und Deutscher Bahn mit ihren Beziehungen zum lokalen Autokonzern sowie die verkehrspolitischen Hintergründe zu Bahnprivatisierung und zur Bodenspekulation.

Neben den faktenreich dargelegten Absurditäten des »Kriegs gegen die Stadt« kommen auch die Kreativität und »der lange Atem einer großartigen Bewegung« nicht zu kurz. Der Autor beschreibt nicht nur das aktuell erarbeitete Alternativkonzept Umstieg21 und die Vernetzung mit anderen internationalen, unsinnigen Großprojekten, sondern er versucht auch zu ergründen, um was es eigentlich gehe bei dem Konflikt – nämlich um das »Recht auf Stadt, um die Selbstbestimmung der Menschen über sich, über ihre Umgebung, um Stadtkultur«.

Mit seiner detailliert belegten Kritik an der real existierenden Bahnpolitik und seiner klaren Haltung an der Seite der Stuttgarter Bewegung hat Winfried Wolf ein lesenswertes und hoffnungsvolles Plädoyer dafür vorgelegt, dass sich phantasievoller und entschiedener Widerstand für ein besseres Leben am Ende doch auszahlen und wir alle »oben bleiben« werden.

Peter Streiff

Winfried Wolf: Abgrundtief + bodenlos - Stuttgart21 und sein abschbares Scheitern. Vorwort von Volker Lösch. Papyrossa Verlag, Köln 2017, 319 Seiten, 16,90 Euro

LEBENSREFORM IN DEUTSCHLAND



Viele der heute medial präsenten Praktiken der jungen, urbanen und materiell halbwegs bis gut aufgestellten Mittelschicht erinnern an die historische Lebensreform des beginnenden 20. Jahrhunderts. Damals waren »zivilisationskritische Ideologien, gegenkulturelle Naturentwürfe und körperliche Achtsamkeitsstrategien« (S. 6) und, so könnte man hinzufügen: Verschwörungstheorien, ebenso en vogue wie heute. In den letzten Jahren sind Jugendbewegung und damit zusammenhängend die Lebensreform nicht zuletzt durch Ausstellungen und Begleitpublikationen (Nürnberg 2013, Potsdam 2015, vgl. CONTRASTE 373, Oktober 2015) und ein Heft von ZEIT.Geschichte (2/2013) wieder etwas mehr in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

Wedemeyer-Kolwe legt nun einen (weiteren?) Überblicksband vor, der, so der Autor, »ein Fazit ziehen« und ein »Kompendium« darstellen soll. Das Buch ist nach einem Kapitel über Begriffe und Motive in die vier Teile Ernährung, Naturheilkunde, Körperkultur und Siedlung untergliedert. Es endet mit einem interpretierenden Fazit und einem Ausblick, der auch eine Rückschau auf die Forschung der letzten Jahrzehnte zur Lebensreform enthält.

»Die Natur erschien uns in dem Sumpf der Überzivilisation als das schlechthin Vollkommene, Reine, Große und Schöne«. Dieses, rückblickende Zitat von Gustav Adolf Küppers aus dem Jahre 1924 enthält die meisten Topoi der Lebensreform. Die negative Charakterisierung von Stadt, Technik, Rationalität und Zivilisation, der dann eine ökologisch-ästhetisierende, wenn nicht organisch-biologische Sicht auf die Welt entgegengestellt wird, die nicht zuletzt oft Ausdruck persönlicher Verunsicherung ist.

Als Kern der Lebensreform kommt Wedemeyer-Kolwe immer wieder auf die Trias Körperpraktiken, Erlösungsgedanke, Sozialutopie zu sprechen. Er weist immer wieder daraufhin, dass die Lebensreform zwar die moderne, industrielle Massengesellschaft kritisierte, sie aber ohne sie nicht zu denken ist und sie auch die Medien und Möglichkeiten ebendieser für ihre Aktivitäten benötigte, etwa ein funktionierendes Post- oder Eisenbahnnetz. Schlussendlich sei die Lebensreform eine Bewegung des Bildungsbürgertums gewesen, das jene aber auch als soziale Abgrenzungspraxis gegenüber der Arbeiterbewegung und dem Bürgertum als »Speerspitze der Moderne« ausgeübt habe. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges hätten sich einige Ideen popularisiert und in gewissem Sinne auch verwässert.

Der Band, der auch ein umfangreiches Literaturverzeichnis enthält, bietet prägnante, geraffte Informationen und anschauliche, illustrierende Beispiele. Es ist ein mehr als lesenswerter Beitrag zum Wissen über ein Phänomen, mit dem die politische Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts in Deutschland besser zu verstehen ist.

Bernd Hüttner

Bernd Wedemeyer-Kolwe: Aufbruch. Die Lebensreform in Deutschland, Philipp von Zabern Verlag, Darmstadt 2017, 208 S., 29,95 Euro

DIE VERWERTBARKEIT DER KÖRPER



Das Buch »Lookismus« ist mit 86 Seiten als kleiner Sammelband in der Reihe »unrast transparent« erschienen. Nach einer Einführung geht es im ersten Teil um eine multiperspektivische Betrachtung diskriminierender Mechanismen – um Abwertungen aufgrund von »Körperfett«, Behinderung, wegen der Körpergröße oder Transgeschlechtlichkeit. Im zweiten Teil werden Empowerment-Konzepte und -praktiken vorgestellt. Im Vorwort heißt es: »Lookismus beschreibt also Diskriminierung von Personen, deren Körper von gesellschaftlich gesetzten Normen auf vielerlei Weise abweichen.«

Bereits beim Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft entwickelte sich ein neues Verständnis von Körpern und Körperlichkeit. »Der Körper wurde zu einem Produkt, das individuell gestaltet und verbessert werden kann«, so die Autor*innen Philippe Greif und Nadine Sarfert. Mit dem Neoliberalismus veränderten sich die Anforderungen an die Körper und Körperlichkeit noch stärker. Der Körper stellt nunmehr einen Rohstoff der Selbstoptimierung dar. Mit den Hartz-»Reformen« wurden zwar die Straf- und Kontrollmaßnahmen ausgebaut, es geht jedoch in erster Linie darum, die disziplinierende Instanz in die Individuen hinein zu verlagern. Die Betonung von Selbstkontrolle führt zu einer »Individualisierung von gesellschaftlichen Problemlagen und hat eine Entproblematierung sozialer Ungleichheit zur Folge«, schreiben Greif und Sarfert. So passen Körper jenseits der gesellschaftlichen Schlankheitsnorm nicht zum Bild des flexiblen und leistungsfähigen sowie leistungsbereiten Menschen.

Die gesellschaftliche Konstruktion von »Problemkörpern« und negative Klassenzuschreibungen gehen oftmals Hand in Hand. Die Mittelschicht ist heute zunehmend verunsichert, hat Abstiegsängste und grenzt sich von der »Unterschicht« ab. »Dick« – und damit »faul« und »dumm« – zu sein sei gleichbedeutend mit der Zugehörigkeit zur Unterschicht. Das körperliche Erscheinungsbild sei das Ergebnis selbst zu verantwortender Wahl. Vom Körper oder einzelnen Körperbereichen wird auf die Persönlichkeit, den Habitus, die Leistungsfähigkeit geschlossen – und umgekehrt. Mit der Stereotypisierung bestimmter Verkörperungen lassen sich einfache Feindbilder schaffen.

Der Körper stellt eine Arena für gesellschaftliche Kämpfe dar. Die Ablehnung hegemonialer Schönheitsnormen verkehre sich oft in eine szenespezifische Gegennorm, die nicht minder ausschließend und abwertend wirken, so Corinna Schmechel. Ein exemplarisches (Self-)Empowermentprojekt ist das »Projekt L«. Es befasst sich als eines der ersten in Deutschland im Internet (lookism.org) mit dem Thema Lookismus. Weitere Infos : www.lookism.info.

Anne Seeck

Daria Diamond, Petra Pflaster, Lea Schmid (Hg.): Lookismus, Normierte Körper - Diskriminierende Mechanismen - (Self-)Empowerment, unrast-Verlag, Münster 2017, 7,80 Euro

TERMINE

CARE REVOLUTION

Grundeinkommen und Sorgearbeit
21. Oktober (Frankfurt/Main)

Unter dem Titel »Care-Revolutionieren mit Grundeinkommen?« findet um 19 Uhr im Haus der Jugend eine Diskussionsveranstaltung statt.

GEMEINEIGENTUM

»Das ist unser Haus!«
12. Oktober (Bremen)

Im 65-minütigen Film »Das ist unser Haus!« erläutern Akteure des Mietshäuser-Syndikats das Modell der kollektiven Raumanweisung und präsentieren vielseitige Projekte in unterschiedlichen räumlichen Kontexten.

GEMEINSCHAFT

Wohnprojekte selber machen
06. November (Karlsruhe)

Die Mieter*innen-Initiative in der Karlsruher Nordstadt wird 20 Jahre alt und wünscht sich und der Stadt neue Wohnprojekte! Mit

dieser Veranstaltung möchte die MiKa interessierte Menschen bei der Verwirklichung ihrer Wohnideen unterstützen. Zugleich fordert sie die wohnungspolitisch Verantwortlichen in Politik und Verwaltung auf, dies auch zu tun, denn nachbarschaftsorientiertes, alternatives Wohnen ist Bestandteil einer zukunftsfähigen Kommune.

Seminar »Kommune-Leben«
14. - 15. Oktober (Berlin)

Drei Kommunen, zwei aus Berlin und eine aus Brandenburg wollen sich in diesem Seminar Fragen wie beispielsweise: Was macht Kommune mit mir? Eine Kasse und das funktioniert? Entscheidungen treffen im Konsens? Gemeinschaft leben ohne Hierarchie? spielerisch nähern.

NACHHALTIGKEIT

Verbrauchermesse »ökoligenta«
21. - 22. Oktober (Trendelburg)

Trendelburg im Städtedreieck Kassel-Göttingen-Paderborn wird zum Veranstaltungsort einer grünen Verbrauchermesse für bewusstes Leben und für ein gesundes Miteinander, auch zu einem Treffpunkt für die bundesweite Wandelbewegung, hin zu einer sozial wie ökologisch zukunftsfähigen Gesellschaft.

NYÉLÉNI-HERBSTREFFEN

Gutes Essen für alle!
26. - 29. Oktober (Graz)

Die Bewegung für Ernährungssouveränität setzt den akuten Krisen unserer Zeit die Vision einer bäuerlichen und vielfältigen Landwirtschaft entgegen, in der diejenigen, die Lebensmittel produzieren, verarbeiten und verteilen in den Fokus rücken und mitentscheiden wollen.

schwer haben. Die Teilnehmer*innen können sich auf viele interessante Workshops und Exkursionen freuen.

KLIMAGERECHTIGKEIT

»Ende Gelände«
03. - 05. November
(Rheinisches Kohlrevier)

Im November finden die internationalen Klimaverhandlungen zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens in Bonn unter der Präsidentschaft Fidischis statt. Global sind die Folgen der Klimakrise bereits unübersehbar geworden.

SOLAWI

Herbsttagung
10 - 12. November (bei Kassel)

Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft lädt alle Mitglieder und interessierte Menschen zur Herbsttagung ins »Tagungshaus Lebensbogen« ein. Alle Teilnehmer*innen sind eingeladen, hier ihre Erfahrungen auszutauschen, gemeinsam in Arbeitsgruppen an aktuellen Fragestellungen zu arbeiten und sich in die strukturelle Arbeit des Netzwerks einzubringen.

KLEINANZEIGEN

GÖTTINGER MEDIENBÜRO

erstellt Druckvorlagen für Broschüren, Kataloge, Flyer, CD-Cover und Plakate, übernimmt Archiv-Recherchen, liefert Fotos, formuliert und redigiert Beiträge und Texte.

Anfragen an:
contact@artinweb.de,
www.artinweb.de

GESCHICHTE(N) BEWAHREN- EIN GENERATIONEN VERBINDENDEN PROJEKT:

Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel.

www.werkstatt-fuer-memoiren.de
arianedettloff(at)ina-koeln.org
Tel.: (02 21) 31 57 83

Kleinanzeigen
Die Mindestgröße von 5 Zeilen kostet 21 Euro (gewerblich) und 5 Euro (privat).
Jede weitere Zeile kostet 2,60 Euro (gewerblich) und 1 Euro (privat).

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER

Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel
info@contraste.org
www.contraste.org

ÖSTERREICH:

GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎0043-699 11 28 65 57
✉brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser
✉hans.wieser@contraste.org

SPANIEN:

MADRID:
Eva Sempere
✉layout@contraste.org

FACHREDAKTIONEN

GENOSSENSCHAFTEN:
Burghard Flieger
☎(07 61) 70 90 23
✉genossenschaften@t-online.de

KOMMUNEN/GEMEINSCHAFTEN:

Regine Beyß
✉gemeinschaften@contraste.org

KLIMA/DEGROWTH

✉klima@contraste.org

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autorin die Verantwortung. Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bleiben bei den Autorinnen.

HERSTELLUNG

CONTRASTE e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Bildredaktion:

Ulrike Kumpe und Eva Sempere
Layout:
Eva Sempere
Druck:
Freiburger Druck Gmbh und Co KG

IT-BETREUUNG

Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
✉webmaster@contraste.org

KONTAKT

Anfragen: info@contraste.org
Abonnieren: abos@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
Termine: termine@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Anzeigen: anzeigen@contraste.org
Layout: layout@contraste.org

facebook:
www.facebook.com/contrastemonatszeitung
twitter: contraste.org
Mailingliste: http://lists.contraste.org/sympa/info/contrasteliste

ANZEIGEN

Revolution
Jetzt am Kiosk!
Die neue M&R: »Revolution«
Melodie & Rhythmus
MAGAZIN FÜR DEGENKULTUR

Widerstand braucht Solidarität
Gegen den G20-Gipfel in Hamburg
Im Zuge des G20-Gipfels wird eine große Zahl an Fest- & Ingewahrsamnahmen, sowie Strafverfahren und Verurteilungen auf uns zukommen.

DIE SINNE SCHÄRFEN!!!
JETZT TESTEN:
analyse & kritik
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de